

LANDESHAUPTSTADT



Entwurf Haushaltsplan 2018/2019

Datenstand: 31.08.2017

**Ergebnishaushalt
Weitere Bedarfe**

Finanzdezernat Wiesbaden

Haushalt Wiesbaden und AKK

Inhaltsverzeichnis

Gesamtübersicht Weiterer Bedarf	3
Dezernat I	4
Dezernat II	14
Dezernat III	17
Dezernat IV	20
Dezernat V	26
Dezernat VI	41
Dezernat VII	56

Ergebnishaushalt: Summe der Weiteren Bedarfe

Dezernat	Weiterer Bedarf 2018	Weiterer Bedarf 2019
I	3.305.423 €	4.196.691 €
II	1.942.264 €	1.932.264 €
III	412.000 €	0 €
IV	1.574.799 €	1.578.139 €
V	8.040.817 €	7.935.257 €
VI	9.682.377 €	10.683.594 €
VII	14.051.430 €	17.150.802 €
Gesamtergebnis	39.009.109 €	43.476.747 €

LANDESHAUPTSTADT



Dezernat I (Weiterer Bedarf)

- 10 Hauptamt
- 11 Personal- und Organisationsamt
- 12 Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik
- 14 Revisionsamt - Konzernrevision
- 16 Amt der Stadtverordnetenversammlung
- 37 Feuerwehr
- 52 Sportamt
- I/F Referat Kommunale Frauenbeauftragte
- 91 Dezernatsbüro I

Finanzdezernat Wiesbaden

Haushalt Wiesbaden und AKK

Haushalt 2018/2019 - Weitere Bedarfe CO - Zusammenfassung

Dezernat	Weiterer Bedarf 2018	Weiterer Bedarf 2019
I	3.305.423 €	4.196.691 €
10	51.550 €	51.550 €
11	1.703.380 €	2.557.621 €
12	0 €	70.000 €
14	130.000 €	130.000 €
16	69.470 €	69.470 €
37	444.603 €	378.500 €
91	813.300 €	843.300 €
GPR	66.520 €	67.290 €
PR Stadtverw.	26.600 €	28.960 €
Gesamtergebnis	3.305.423 €	4.196.691 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
1	I	91	Stabsstelle WIEB - Bürgerbeteiligung	Die Stabsstelle WIEB hat erst am 01.02.2016 ihre Tätigkeit aufgenommen. Die meisten der gestarteten Bürgerbeteiligungsprozesse spiegeln sich daher noch nicht im Rechnungsergebnis 2016 wieder. Von daher ist der Rahmenwert für die Bürgerbeteiligung viel zu niedrig, um stadtweite Beteiligungsprozesse zu starten und qualitativ zu begleiten	145.000 €	145.000 €	175.000 €
2	I	91	Gestaltungsbeirat	In 2016 fand nur eine Sitzung des Gestaltungsbeirats - mangels geeigneter Projekte - statt. Dies bewirkte ein zu niedriges Rechnungsergebnis. Mit der Zahl der Sitzungen steigen die Aufwandentschädigungen und Reisekosten	33.300 €	33.300 €	57.400 €
3	I	91	Koordinierungsstelle LSBTIQ	Zur Einrichtung einer LSBTIQ-Koordinierungsstelle fallen Kosten für eine halbe Personalstelle sowie Sachkosten an; Sitzungsvorlage folgt	35.000 €	65.000 €	65.000 €
4	I	91	Projekt Ostfeld/ Kalkofen	Für die Weiterführung des Projektes Ostfeld muss die Finanzierung der Projektsteuerung gesichert sein. Der Betrag von 1,2 Mio. Euro wurde im Hinblick auf die Beauftragung auf zwei Haushaltsjahre aufgeteilt	600.000 €	600.000 €	
5	I	10	Bürgerhaus Medenbach	Das Bürgerhaus Medenbach gab es 2016 nicht, somit waren kaum Ist-Buchungen vorhanden	24.760 €	24.760 €	28.850 €
6	I	10	Bürgerhaus Dotzheim	Das Bürgerhaus Dotzheim gab es 2016 nicht, somit waren nur die Ist-Werte für die OV Dotzheim vorhanden	11.790 €	11.790 €	34.450 €
7	I	10	Raumverwaltungsprogramm Hauptamt	ab 2018 sollen die Räume des Hauptamtes über eine Online-Software verwaltet werden. Dies beinhaltet eine Online-Reservierungsmöglichkeit für die Bürgerhäuser. Die laufenden Kosten hierfür sind nicht über den Rahmenwert finanzierbar	15.000 €	15.000 €	15.000 €
8	I	12	Umfrage zum bürgerschaftlichen Engagement	Durchführung einer repräsentativen Umfrage in Wiesbaden zu Art und Ausmaß des bürgerschaftlichen Engagements incl. Veränderungen im Zeitvergleich und vertiefender aktueller Fragestellungen, die alle 5 Jahre durchgeführt wird (zuletzt 2009, 2014) - Informationsgrundlagen für Konzepte und Strategien der kommunalen Engagementpolitik und der Engagementförderung	0 €	50.000 €	

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
9	I	12	Umfragen	Die Umfrage „Leben in Wiesbaden“ findet nur alle zwei Jahre statt. Im Zuge der Vorplanung wurde der Kämmerei versehentlich eine falsche Zahl für die Reduzierung der Rahmenwerte in 2019 genannt (35.000 Euro statt 15.000 Euro) - die Korrektur wurde leider nicht von 20 akzeptiert	0 €	20.000 €	
10	I	14	Externe Unterstützung bei den Jahresabschlussprüfungen 2017 und 2018	Zwei Einmaleffekte in 2016 - einmalige Kostenerstattungen/ Gutschriften von Krankenkassen/ Wivertis - wurden von 20 nicht akzeptiert, es erfolgte keine Erhöhung des Rahmenwertes. Um die laufenden Kosten des Amtes decken zu können, muss ohne zusätzliches Budget in 2018/19 auf die externe Unterstützung verzichtet werden	30.000 €	30.000 €	
11	I	14	Personalkosten Amtsleiterstelle	Die Amtsleiterstelle ist seit April 2016 vakant. Die Personalkosten von April bis Dezember fehlen folglich im Rahmenwert. Die Ausschreibung wird aktuell vorbereitet	100.000 €	100.000 €	
12	I	16	Budget Stvv	Auf das Budget der Stadtverordnetenversammlung kommen zusätzliche absehbare Kosten zu, u. a. durch ein verringertes IST-Ergebnis für den Fahrer der StVVorsteherin aufgrund der Kommunalwahl, erhöhte Parkkosten durch Schließung des "Giraffenkäfigs" und erhöhte Zahlungen bei den Verdienstaussfällen für Selbständige und die Entschädigungen Fraktionsvorstand	54.600 €	54.600 €	
13	I	16	Budget Fraktionen	Die Rückerstattung der BLW Bürgerliste reduzierte das Rechnungsergebnis 2016 und somit den Orientierungsrahmen und wurde als Einmaleffekt nicht von der Kämmerei akzeptiert. Die Mittel fehlen dem Budget insgesamt, dadurch konnten z. B. nicht die benötigten Wivertismittel angemeldet werden	14.870 €	14.870 €	
14	I	37	Austausch oder Umrüstung Telefonanlage inklusive Wartungskosten	Im Herbst 2018 wird seitens der Telekom die Telefonie auf ISDN Basis abgeschaltet. Zukünftig wird dann das Telefonieren nur noch IT-basiert möglich sein. Eine Umstellung ist zwingend erforderlich. Dazu kommen noch die feuerwehrspez. Bedarfe z.B. die Kopplung zum Einsatzleitrechner etc. Von den denkbaren Szenarien (Beteiligung am städt System, Kauf einer eigenen Anlage und Nutzung der vorhandenen WIVERTIS -Leitungen von Voice over IP) ist noch keine favorisiert. Erste Schritte zur Abwägung wurden gestartet.	87.000 €	20.000 €	

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
15	I	37	Mehrbedarf Kosten für Fahrzeuge der Feuerwehr	Im Durchschnitt der letzten Jahre wurden für die Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr höhere Ausgaben für Reparaturen gezahlt als in 2016. Daher ist eine Korrektur erforderlich - auch im Hinblick auf die Preissteigerungen.	15.000 €	15.000 €	
16	I	37	Ausstattung Dienst- und Schutzkleidung	In 2016 haben sich die Beschaffungen aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung und der schwierigen Personalsituation so verzögert, dass das Rechnungsergebnis - als Basis für 2018/19 - zu niedrig ausgefallen ist. Durch Verzögerung bei einer größeren Lieferung ist die Rechnung erst in 2017 gebucht worden. Im Durchschnitt der letzten 4 Jahre müssten 319.000 Euro p.a. angemeldet werden - zumal auch die Veränderungen der Mitgliederzahlen bei der freiwilligen Feuerwehr nicht planbar sind. Benötigt wird ein Mindestbetrag von insgesamt 280.000 Euro.	44.000 €	44.000 €	
17	I	37	Vertretung des Sachgebietsleiters 370250 Rettungsdienst / Med. Gefahrenabwehr	Das Sachgebiet 370250 Rettungsdienst / Med. Gefahrenabwehr besteht neben dem ärztlichen Leiter aus einem Sachgebietsleiter und einer Sachbearbeiterin Verwaltung. Dem Sachgebietsleiter fehlt eine Vertretung mit fachlicher Expertise. Hierzu wird eine 75%-Stelle benötigt. Die anderen 25% sollen im Bereich Einsatzleitdienst verwendet werden. Sitzungsvorlage folgt	87.210 €	88.510 €	88.510 €
18	I	37	Vertretung des Sachgebietsleiters 370250 Rettungsdienst / Med. Gefahrenabwehr	Refinanzierung durch Erhöhung Leitstellengebühr (75%)	-65.407 €	-66.380 €	
19	I	37	Vertretungspersonal in den Werkstätten	Um die Arbeit in den Werkstätten (Atemschutzgeräte-, Funk- werkstatt. etc.) und der Kleiderkammer sicher zu stellen und damit die Einsatzfähigkeit der BF zu gewährleisten, ist es dringend erforderlich Vertretungsmöglichkeiten zu schaffen.	37.800 €	38.370 €	38.370 €
20	I	37	Personalkosten Sondereinsatzdienst	Zur Unterstützung des Sondereinsatzdienstes sollen in 2018 vier neue Verwaltungsstellen eingerichtet werden; zusätzlich sind Stellenanhebungen geplant, um die Anzahl der Beamten im Sondereinsatzdienst zu erhöhen. SV ist in Arbeit	239.000 €	239.000 €	275.000 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
87	I	11	Sachkosten Stellenausschreibungen	Zukünftig wird mit einem weiteren Anstieg der externen Stellenausschreibungen von 50 im Jahr 2016 auf 75 im Jahr 2018 sowie 85 im Jahr 2019 gerechnet. Dieser begründet sich in der steigenden Anzahl von Altersabgängen und einer steigenden Fluktuation einerseits sowie der Erfahrung, dass durch den internen Stellenmarkt zunehmend seltener die Vakanzen besetzt werden können. Betrifft die gesamte Stadtverwaltung!	27.000 €	38.000 €	50.000 €
88	I	11	Sachkosten Jobticket - allgemeine jährliche Preiserhöhung	Durch die Orientierungsrahmendaten nicht gedeckte Sachkosten für das Jobticket - Erheblicher Nutzerrückgang durch Erhöhung der Eigenbeteiligung, Erhöhung der Preise durch das Verkehrsunternehmen. Betrifft die gesamte Stadtverwaltung!	153.880 €	187.121 €	191.518 €
89	I	11	Sachkosten Jobticket - Reduzierung Eigenanteil	Zum Haushalt 2016/17 wurde der Eigenanteil für das Jobticket von 33% auf 60% erhöht. Dies führte dazu, dass einige Mitarbeiter/innen aus Kostengründen auf das (temporär genutzte) Jobticket verzichtet haben. Der gewünschte Einspareffekt ist daher nicht eingetreten. Die Stadt Wiesbaden möchte, dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verstärkt den ÖPNV nutzen. Daher soll die Erhöhung des Eigenanteils zum Haushalt 2018/19 wieder rückgängig gemacht werden, um das Jobticket wieder attraktiver zu machen. Parallel wird die Möglichkeit der Einführung des landesweiten Jobtickets geprüft. Sitzungsvorlage folgt zu den HH-Planberatungen	384.000 €	384.000 €	384.000 €
90	I	11	Sachkosten Veröffentlichungen	Für die jährl. Veröffentlichung in öffentlichen Telefonbüchern entstanden in 2016 folgende Aufwendungen: 25.000 € Das Örtliche Wiesbaden 21.252 € Das Telefonbuch 621 Wiesbaden u. RTK 2.202 € Das Örtliche Mainz Vor dem Hintergrund der Kostensteigerungen bei den übrigen Sachkostenpositionen stehen für die Veröffentlichungen keine Mittel mehr zur Verfügung, entsprechend könnten zukünftig nur noch die kostenlosen Grundeinträge erfolgen. Um den Umfang der bisherigen Veröffentlichungen als Bürgerservice bzw. zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit der Fachbereiche beibehalten zu können, ist eine Mittelzusetzung von 48.454. € p.a. erforderlich.	48.500 €	48.500 €	48.500 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
91	I	11	Personal- und Sachkosten Nachwuchskräfte	Im Zuge des demografischen Wandels steuert die Stadt Wiesbaden auf einen massiven Fachkräftemangel zu. Als eine Gegensteuerungsmaßnahme muss in Zukunft mehr ausgebildet werden - unabhängig von Budgets. Eine entsprechende Sitzungsvorlage hierzu ist in Arbeit und liegt mit konkreten Zahlen über den finanziellen Bedarf bis zu den Haushaltsplanberatungen vor. Die angegebene Größenordnung ist nur geschätzt und wird durch die Sitzungsvorlage modifiziert. mindestens:	500.000 €	1.500.000 €	
92	I	11	Aufwendungen Fort-/Weiterbildung SV 17-V-11-2002	Maßnahmen auf der Basis der Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung sowie Stand der Umsetzung Erweiterung/Fortsetzung Baustein B (Organisationsmaßnahmen vor Ort)	250.000 €	0 €	0 €
93	I	11	Aufwendungen Fort-/Weiterbildung SV 17-V-11-2002	Maßnahmen auf der Basis der Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung sowie Stand der Umsetzung Wiederholungsbefragung Mitarbeiter/-innen durch COPSOQ	0 €	60.000 €	0 €
94	I	11	Aufwendungen Fort-/Weiterbildung SV 17-V-11-2002	Maßnahmen auf der Basis der Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung sowie Stand der Umsetzung Führungskräfteentwicklungsprogramm	100.000 €	100.000 €	100.000 €
95	I	11	Aufwendungen Fort-/Weiterbildung SV 17-V-11-2002	Maßnahmen auf der Basis der Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung sowie Stand der Umsetzung Teamentwicklung/Supervision	100.000 €	100.000 €	100.000 €
96	I	11	Aufwendungen Fort-/Weiterbildung SV 17-V-11-2002	Maßnahmen auf der Basis der Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung sowie Stand der Umsetzung Regelmäßiger Austausch Führungskräfte	50.000 €	50.000 €	50.000 €
97	I	11	Personalkosten 1104 SV 17-V-11-2002 1 Trainerstelle	Maßnahmen auf der Basis der Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung sowie Stand der Umsetzung Punkt 3 aus SV 17-V-11-2002 "3. Zur Umsetzung der dargestellten Maßnahmen ist es unabdingbar, eine weitere Stelle bei Dez. I/11 (Abteilung Aus- und Fortbildung, Personalentwicklung) zu schaffen. Diese Stelle ist sofort auszuscheiden und zeitnah zu besetzen. Sie ist zum nächsten Stellenplan anzumelden." Stellungnahme Amt 20 vom 21.04.2017 mit folgender Beschlussergänzung. Der Bedarf an zusätzlichem Budget ist zum Haushalt 2018/2019 im Rahmen weiterer Bedarfe anzumelden.	90.000 €	90.000 €	90.000 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
98	I	GPR	Personalaufwendungen	Die bisher zu berücksichtigenden Personalkosten haben sich seit 6/2016 durch den Wegfall der Entgeltfortzahlung einer langzeiterkrankten Beschäftigten des GPR verringert, was zu einem reduzierten Ist in 2016 geführt hat. Die Beschäftigte kann voraussichtlich ab 01.06.2017 wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. Für die Jahre 2018/19 entstehen somit zusätzliche Personalkosten, die aufgrund arbeitsvertraglicher Verpflichtungen zu berücksichtigen sind.	38.960 €	39.540 €	39.540 €
99	I	GPR	Aufw. übernommene Fahrtkosten Beschäftigte	Für Fahrtkostenerstattung die für die gewählten Personalratsmitglieder besteht ein gesetzlicher Anspruch nach § 42 des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG) i.V.m. dem Hessischen Reisekostengesetz. Der zu erwartende Mehraufwand ist damit begründet, dass die Personalratsgremien nach den Personalratswahlen neu zusammengesetzt sind und sich damit die jeweilige Inanspruchnahme verändert hat.	1.170 €	1.190 €	1.190 €
100	I	GPR	Aufwendungen für Fort-/Weiterbildung	Für die gewählten Mitglieder des Personalrats besteht neben dem Grundschulungsbedarf auch zusätzlicher spezieller Bedarf zur Bewältigung der Aufgaben. Der Schulungsbedarf begründet sich nach den gesetzlichen Vorgaben § 42 (1), (3) i. V. mit § 62 (1) des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG). Der zusätzliche Bedarf ist begründet durch: 1. den zunehmenden Einsatz digitaler Arbeitsmittel sowie neuer Verfahren/Software im Rahmen der personalrätlichen Tätigkeit 2. die Einführung von digitaler Vorgangsbearbeitung (civento) in der Geschäftsführung und dem beabsichtigten Einsatz der eAkte. Aufgrund der Zusammensetzung der Personalratsgremien ist eine exakte Planung der anfallenden Kosten nur bedingt möglich. Es ist aber mindestens mit zusätzlichem Aufwand für Schulungsmaßnahmen im Umfang von 5-6 Seminaren über 2 Tage (ca. 1200 € pro Maßnahme) für mindestens 2 Mitglieder sowie mindestens zwei Schulungen zur Qualifizierung der Assistenzkräfte in der GPR-Geschäftsstelle für die Digitalisierung von Geschäftsprozessen rechnen (ca. 1200 €).	11.430 €	11.600 €	11.600 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
101	I	GPR	Leistungsvertrag WIVERTIS	Die Abweichung entsteht für die dringend notwendige Digitalisierung der Geschäftsprozesse und Umstellung auf die eAkte. Die Einführung der eAkte hängt insbesondere von der Einführung der eAkte bei Amt 11 ab. Durch Aufgabenzuwachs in der GPR-Geschäftsstelle (Beteiligung in den Ausschüssen, Geschäftsführung der GBV, Projektarbeit, gesetzliche Aufgaben) können die Geschäftsaufgaben in ihrer bisherigen papierförmigen Form zudem nicht mehr bewältigt werden, daher ist ein Einstieg in die Digitalisierung von Prozessen der GPR-Geschäftsstelle unter wirtschaftlichen, sozialen und arbeitsökonomischen Gesichtspunkten geboten. Der Mehrbedarf setzt sich insgesamt zusammen aus: 8.000 € jährlichen Nutzungskosten für die eAkte (1000 € je Arbeitsplatz), 500 € jährlich für notwendige PC-Ausstattung (Hardware) für alle AP, 275 € Mobiler Zugang einmalig, 1200 € jährlich für mobilen Zugriff. 5000 € Kosten für den Hardwareaustausch und Umlage von zentral finanzierter Lizenzen für die Software "Civento" im Rahmen der Digitalisierung bestehender Geschäftsprozesse	14.960 €	14.960 €	14.960 €
102	I	PR Stadtve rw.	Personalaufwendungen	Bedingt durch die Personalratswahlen in 2016 ergaben sich Personalveränderungen. Die Mehrkosten im Personalbereich sind über den Orientierungsrahmenwert nicht gedeckt.	20.630 €	22.910 €	22.910 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
103	I	PR Stadtverw.	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	<p>2016 fand die PR-Wahl statt.</p> <p>2018 wird die Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) stattfinden.</p> <p>2016 und 2017 gab es ein Wechsel von drei Freistellungen.</p> <p>Es besteht weiterhin Schulungsbedarf von Grundlagenschulungen der personalrätlichen Arbeit. Der Schulungsbedarf begründet sich nach den gesetzlichen Vorgaben des Hess. Personalvertretungsgesetz (HPVG). Grundlagen der personalrätlichen Arbeit sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - HPVG I - Grundlagenschulung - Beteiligungsrechte und Mitwirkungsmöglichkeiten - Einführung in das Arbeitsrecht I - Begründung des Arbeitsverhältnisses - Tarifrecht: TVöD-Grundlagen - Einführung und Überblick - Beamtenrecht: Grundlagen des Beamtenrechts für Personalratsmitglieder <p>Berechnungsgrundlage: Seminarkosten (mit Unterkunft) pro Seminar-/Schulungsinhalt und Mitglied: 1.300 €. Geplant ist, dass pro Haushaltsjahr eine Schulung für die drei neu Freigestellten stattfinden soll.</p> <p>Weiterhin ist geplant, dass pro Haushaltsjahr eine Schulung für 3 Mitglieder aus dem JAV-Gremium stattfinden soll. Berechnung pro Haushaltsjahr: 3 Freigestellte PR-Gremium = 3.900€ pro Haushaltsjahr</p>	5.380 €	5.460 €	5.460 €
104	I	PR Stadtverw.	Jubiläumszuwendungen Beschäftigte	40-jähriges Dienstjubiläum einer Mitarbeiterin (Zuwendung, Blumenstrauß, Gutschein)	590 €	590 €	590 €

LANDESHAUPTSTADT



Dezernat II (Weiterer Bedarf)

30 Rechtsamt

31 Ordnungsamt

39 Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz

97 Dezernatsbüro II

Finanzdezernat Wiesbaden

Haushalt Wiesbaden und AKK

Haushalt 2018/2019 - Weitere Bedarfe CO - Zusammenfassung

Dezernat	Weiterer Bedarf 2018	Weiterer Bedarf 2019
II	1.942.264 €	1.932.264 €
30	28.762 €	28.762 €
31	1.100.000 €	1.100.000 €
39	53.505 €	43.505 €
97	759.997 €	759.997 €
Gesamtergebnis	1.942.264 €	1.932.264 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
83	II	30	Mitgliedsbeiträge Bund deutscher Schiedsämter	Erhöhung des Mitgliedsbeitrages	690 €	690 €	3.260 €
84	II	30	Elektronische Zeitwirtschaft	Einführung der elektronischen Zeitwirtschaft Standort Wilhelmstraße 32	822 €	822 €	750 €
85	II	30	Produktivnahme E-Akte	Produktivnahme E-Akte	27.250 €	27.250 €	27.250 €
235	II	39	Beauftragung von Dienstleitungen	Kastration von freilaufenden Katzen. In Wiesbaden besteht derzeit keine Notwendigkeit eine Satzung zur Kastration von freilaufenden Katzen zu erstellen. An den wenigen Orten an denen ein Eingreifen notwendig ist sollen Dienstleister damit beauftragt werden	2.000 €	2.000 €	
236	II	39	CIVENTO Umstellung auf digitale Fallakten	Digitale Vorgangsbearbeitung mit civento - Kalkulation 20_Masthoff	12.000 €	2.000 €	2.000 €
237	II	39	Zusetzung von Personalmittel für eine Stelle TVÖD 9a (50%)	Beschluss Nr. 077 des Magistrates vom 24.01.2017	29.805 €	29.805 €	
238	II	39	Zusetzung von Personalmittel für eine Stelle TVÖD 9a (50%)	Beschluss Nr. 077 des Magistrates vom 24.01.2017	9.700 €	9.700 €	
257	II	31	Beteiligung ELW an Sicherheits- und Sauberkeitsprojekt (25 OPB)	Beschluss Nr. 0039 des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.02.2017 (Entfristung Beschäftigungsverhältnis der 25 OPB für Sicherheits- und Sauberkeitsprojekt, trotz wesentlichem Wegfall der finanziellen Beteiligung ELW i.H.v. 1,1 Mio. €) i.V.m StVV-Beschluss Nr. 93 vom 30.03.2017 (üpl. Bereitstellung 1,1 Mio. € aus KFA 2017 zur Finanzierung der weggefallenen finanziellen Beteiligung ELW für Sicherheits- und Sauberkeitsprojekt i.H.v. 1,1 Mio. €)	1.100.000 €	1.100.000 €	1.100.000 €
258	II	97	Stadtanteil Straßenreinigung (WI + AKK)	Lt. Aussage ELW bewegt sich der für den WP 2018/19 kalkulierte Stadtanteil auf dem Niveau der IST-Abrechnung 2016. Die Schlussrechnung der ELW gegenüber Dez. VII weist einen Stadtanteil i.H.v. 4.556.162,86 € auf. Es ergibt sich somit ein Mehrbedarf i.H.v. 760.000 € p.a.	759.997 €	759.997 €	

LANDESHAUPTSTADT



Dezernat III (Weiterer Bedarf)

53 Gesundheitsamt

80 Amt für Wirtschaft und Liegenschaften

93 Dezernatsbüro III

Finanzdezernat Wiesbaden

Haushalt Wiesbaden und AKK

Haushalt 2018/2019 - Weitere Bedarfe CO - Zusammenfassung

Dezernat	Weiterer Bedarf 2018	Weiterer Bedarf 2019
III	412.000 €	0 €
93	412.000 €	0 €
Gesamtergebnis	412.000 €	0 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
86	III	93	Umsatzsteuernachforderung	Nach SV 17-V-20-0012, STVV-Beschluss Nr. 180 vom 18. Mai 2017, erwartet die TriWiCon auf der Grundlage der aktuellen Betriebsprüfung eine Steuernachzahlung in Höhe von rund 830 T€ zzgl. Zinsen. In 2017 trägt die Kämmerei einen Anteil von 422 T€ zzgl. Zinsen aus dem Innenauftrag 101105. Dezernat III wird beauftragt, für 2018 408 T€ zzgl. 4 T€ Zinsen zum Haushalt anzumelden.	412.000 €	0 €	

LANDESHAUPTSTADT



Dezernat IV (Weiterer Bedarf)

61 Stadtplanungsamt
63 Bauaufsichtsamt
64 Hochbauamt
94 Dezernatsbüro IV

Finanzdezernat Wiesbaden

Haushalt Wiesbaden und AKK

Haushalt 2018/2019 - Weitere Bedarfe CO - Zusammenfassung

Dezernat	Weiterer Bedarf 2018	Weiterer Bedarf 2019
IV	1.574.799 €	1.578.139 €
61	241.345 €	243.345 €
63	91.040 €	92.380 €
64	1.242.414 €	1.242.414 €
Gesamtergebnis	1.574.799 €	1.578.139 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
105	IV	61	Erhebung von Wohnbaupotentialen	Erhebung von Wohnungsbaupotentialen durch Aufstockung und Dachgeschossausbau durch eine externes Büro, PBV Beschluss - Nr. 178 vom 08.11.2016 - SV-Nr. 16 F - 02-0023	50.000 €	50.000 €	0 €
106	IV	61	rechtanwaltliche Beratung und Unterstützung bei der Erstellung von städtebaulichen Verträgen	Die Sachmittel sind dringend erforderlich zur Sicherstellung der Leistungen rund um den Schwerpunktbereich Baurechtschaffung für Wohnen, Arbeiten und Bildung. "Städtebauliche Verträge nach § 12 BauGB bzw. Durchführungsverträge nach § 11 BauGB spielen bei der Realisierung von städtebaulichen Projekten in Wiesbaden eine immer größere Rolle. Sie regeln u.a. die Kostentragung der Gebietsentwickler für Maßnahmen der technischen und sozialen Infrastruktur und entlasten damit den städtischen Haushalt in mehrfacher Millionenhöhe jährlich. Die Verträge haben eine sehr hohe Regelungsdichte und betreffen viele Fachbereiche innerhalb der Stadtverwaltung. Insbesondere die Regelungen zum Infrastrukturkostenbeitrag bedürfen einer sorgfältigen Herleitung und einer belastbaren Berechnungsgrundlage um eine größtmögliche Rechtssicherheit herzustellen. Daher ist eine intensive juristische Begleitung der Vertragserstellung und der Vertragsverhandlungen auf Augenhöhe mit den Juristen der Gebietsentwickler absolut unumgänglich. Amt 30 kann diese notwendige kontinuierliche Mitarbeit an den Verträgen mit den vorhandenen Kapazitäten nicht sicherstellen. Der hierzu notwendige Budgetbedarf wird sowohl bei Dez VII/30 als Personalkosten und hilfsweise bei Dez IV/61 als Sachkosten angemeldet.	136.800 €	138.800 €	140.882 €
107	IV	61	Personalbedarf für Bearbeitung von Teilprojektaufgaben im Rahmen Ostfeld/Kalkofen	0,5 Sachbearbeitung E13 im Bereich des Städtebaus zur Bearbeitung von Teilprojektaufgaben Ostfeld/Kalkofen	44.845 €	44.845 €	
108	IV	61	Sachkosten Personalbedarf für Bearbeitung von Teilprojektaufgaben im Rahmen Ostfeld/Kalkofen	Arbeitsplatzkosten für 0,5 Sachbearbeitung E13 im Bereich des Städtebaus zur Bearbeitung von Teilprojektaufgaben Ostfeld/Kalkofen	9.700 €	9.700 €	
109	IV	63	Personalbedarf für Denkmalbehörde	zusätzlicher Personalbedarf in der Abteilung Denkmalschutz und Denkmalpflege; 1 zusätzliche Stelle Stellenwert E13 gemäß der KGST Untersuchung aus 2014; entsprechende Sitzungsvorlage wird vorbereitet.	91.040 €	92.380 €	92.380 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
110	IV	64	Personalbedarf Reinigungsmanagement	1 Sachbearbeiter/-in im Bereich Reinigungsmanagement mit einem Beschäftigungsumfang von 55% zum Sicherstellen einer rechtskonformen Aufgabenerfüllung sowie Qualitätssicherung der Leistungserbringung externer Reinigungsfirmen aufgrund Steigerung des Auftragsvolumens innerhalb von 10 Jahren um rund 80%. <i>Personalkosten</i>	35.448 €	35.448 €	35.448 €
111	IV	64	Sachkosten Personalbedarf Reinigungsmanagement	1 Sachbearbeiter/-in im Bereich Reinigungsmanagement mit einem Beschäftigungsumfang von 55% <i>Arbeitsplatzkosten</i>	9.700 €	9.700 €	9.700 €
112	IV	64	Personalbedarf CAFM	1 Leiter/-in des Sachgebietes CAFM zum Sicherstellen der Einführung und des Betriebs als Folge der mit SV 13-V-64-0003 beschlossenen Beschaffung eines CAFM-Systems <i>Personalkosten</i>	89.690 €	89.690 €	89.690 €
113	IV	64	Personalbedarf Sonderbaukontrollen	2 Mitarbeiter/-innen im Bereich Sonderbaukontrollen zum Organisieren, Sicherstellen und Durchführen der gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen regelmäßigen Sicherheitskontrollen in den sonderbaulichen Liegenschaften der LHW im Rahmen der Bauherrenvertretung; die Sachmittel für externe Sachverständige/Gutachter sowie für konkrete Maßnahmen sind von den Bauherrenämtern/Dezernaten bereitzustellen <i>Personalkosten</i>	139.871 €	139.871 €	139.871 €
114	IV	64	Personalbedarf Bauunterhaltung	3 Mitarbeiter/-innen im Bereich Bauunterhaltung zum Sicherstellen einer geordneten Bauunterhaltung <i>Personalkosten</i>	235.530 €	235.530 €	235.530 €
115	IV	64	Personalbedarf Technik - Trinkwasser	2 Mitarbeiter/-innen im Bereich Technik - Trinkwasser aufgrund zusätzlicher gesetzlicher Verpflichtungen (Novelle der Trinkwasserverordnung sowie weitere Untersuchungspflichten, Gefährdungsanalysen und Berechnungsvorschriften, u.a. Infektionsschutzgesetz, DIN EN 806, DIN 1988, VDI 6023), andernfalls können weiterhin in ca. 200 Objekten keine rechtssicheren und bestimmungsgemäß betriebenen Trinkwasseranlagen zur Verfügung gestellt werden. <i>Personalkosten</i>	157.020 €	157.020 €	157.020 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
116	IV	64	Personalbedarf Technik - Lüftungsanlagen	1 Mitarbeiter/-in im Bereich Technik - Lüftungsanlagen aufgrund erhöhter geforderter energetischer Standards (vgl. Energieeinsparverordnung), deutlich höherer Anforderungen und neuer gesetzlicher Vorgaben zur Lüftungstechnik (DIN EN 16798 mit 18 Teilen) sowie der gestiegenen Anzahl von Lüftungsanlagen, zum Sicherstellen hygienisch und brandschutztechnisch einwandfreier Anlagen und der Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen, Wartungen und Instandhaltungen (andernfalls u.U. Gefahr für Leib und Leben) <i>Personalkosten</i>	78.510 €	78.510 €	78.510 €
117	IV	64	Personalbedarf Technik - Elektrotechnik	1 Mitarbeiter/-in im Bereich Technik - Elektrotechnik aufgrund der zunehmenden Verschärfung von brand- und sicherheitstechnischen Anforderungen (u.a. Neufassung DIN VDE 0100-420, Erweiterung und Neuformulierung DIN VDE 0108-100, Neuformulierung und Fortschreibung der VDS Vorschriften) <i>Personalkosten</i>	78.510 €	78.510 €	78.510 €
118	IV	64	Personalbedarf Technik - Sicherheitstechnische Anlagen	1 Mitarbeiter/-in im Bereich Technik - Sicherheitstechnische Anlagen, Notruf und Gefahrenreaktionssysteme an Schulen aufgrund ausgedehnterer bzw. neuer Vorschriften im Bereich technischer Brandschutz und dadurch erwachsener zusätzlicher Verpflichtungen in der Bauunterhaltung und dem Betrieb, zum Sicherstellen der Einhaltung der anerkannten Regeln der Technik und somit Vermeidung einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, insbesondere des Lebens und der Gesundheit nach § 3 Hessischer Bauordnung, andernfalls droht die Teil- oder Vollschießung einzelner Gebäude und Gebäudeteilen <i>Personalkosten</i>	78.510 €	78.510 €	78.510 €
119	IV	64	Personalbedarf Technik - Maschinenbau	1 Mitarbeiter/-in im Bereich Technik - Maschinebau mit einem Beschäftigungsumfang von 50% zum Sicherstellen einer rechtskonformen Aufgabenerfüllung aufgrund verschärfterer Vorschriften sowie einer deutlich gestiegenen Anzahl zu betreuender Anlagen <i>Personalkosten</i>	39.255 €	39.255 €	39.255 €
120	IV	64	Sachkosten Personalbedarf CAFM, Sonderbaukontrollen, Bauunterhaltung, Technik	insgesamt 11,5 Mitarbeiter/-innen <i>Arbeitsplatzkosten</i>	116.400 €	116.400 €	116.400 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
121	IV	64	Personalbedarf Energiemanagement	1 Projektleiter/-in sowie 1 Mitarbeiter/-in im Bereich Energiemanagement zum Sicherstellen der Betriebsführung der GLT(Gebäudeleittechnik)-Anlage, eines effektiven Energiecontrollings sowie Verbrauchsanalysen und Consultant- Leistungen (u.a. Energieaudits) <i>Personalkosten</i>	164.570 €	164.570 €	164.570 €
122	IV	64	Sachkosten Personalbedarf Energiemanagement	1 Projektleiter/-in sowie 1 Mitarbeiter/-in im Bereich Energiemanagement <i>Arbeitsplatzkosten</i>	19.400 €	19.400 €	19.400 €

LANDESHAUPTSTADT



Dezernat V (Weiterer Bedarf)

34 Straßenverkehrsamt
36 Umweltamt
66 Tiefbau- und Vermessungsamt
67 Grünflächenamt
95 Dezernatsbüro V

Finanzdezernat Wiesbaden

Haushalt Wiesbaden und AKK

Haushalt 2018/2019 - Weitere Bedarfe CO - Zusammenfassung

Dezernat	Weiterer Bedarf 2018	Weiterer Bedarf 2019
V	8.040.817 €	7.935.257 €
34	48.500 €	58.200 €
36	810.601 €	773.975 €
66	905.375 €	907.011 €
67	4.159.691 €	4.168.691 €
3401	361.720 €	367.140 €
3402	1.538.420 €	1.440.480 €
3403	216.510 €	219.760 €
Gesamtergebnis	8.040.817 €	7.935.257 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
61	V	36	Öffentliche Bekanntmachungen i.V.m. kommunalen Tätigkeiten; Persönliche Schutzausrüstungen; Aufwendungen für Wivertis, Wartungskosten; Aufwendungen für Wivertis, Leistungsvertrag	Externe Stellenausschreibungen und Bekanntmachungen öffentlicher Tätigkeiten als Untere Behörde; Bei Neueinstellungen für den Außendienst werden Schutzausrüstungen benötigt, die jeweils neu zu beschaffen sind; Aufwendigere IT-Verfahren wie GIS u. a., Preisanpassungen durch Drittanbietern, daher Mehrbedarf bei Wartungskosten und Software; Steigende Hardwareanforderungen für Geoinformationssystem (z. B. Grafischer PC, größere Monitore), Preisanpassungen durch Wivertis.	16.600 €	16.600 €	keine
62	V	36	Schalltechnische Gutachterleistungen für Bebauungsplanverfahren	Im Zuge von Bebauungsplanverfahren (Wiesbadener Straße, Ostfeld/Kalkofen etc.) und der Durchführung von Maßnahmen zum Luftreinhalteplan sowie zum Lärmschutz besteht ein entsprechender Untersuchungsbedarf u.a. in Form von Gutachten, die beauftragt werden müssen. Im Rahmen der Luftreinhalte- und der Lärmaktionsplanung kommen Kosten der Planung, Durchführung und Evaluation von Maßnahmen, wie z.B. der Ausweisung der "Ruhigen Gebiete" hinzu. Rechtsgrundlagen dazu sind Richtlinie 96/62/EG über die Beurteilung und die Kontrolle der Luftqualität und Richtlinie 2008/50/EG über Luftqualität und saubere Luft für Europa, Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) mit seinen 39 Verordnungen, StVV.-Beschluss Nr. 0321 vom 24.06.2010 (zu Luftschadstoff- und Lärmreduktion). <i>(Umsetzung der Kooperationsvereinbarung, S. 5f., 8f. und 21)</i>	30.000 €	30.000 €	keine
63	V	36	Leistungen für Klimagutachten und Grünordnungspläne	Zur Vergabe von grünordnerischen Leitbildern oder Grünordnungsplänen z.B. Ostfeld, Elsässer Platz, Wiesbadener Strasse sowie für die Aktualisierung der Referenzflächenuntersuchung im Innenbereich (Tiere und Pflanzen), Gründachkataster und Klimagutachten, evtl. Thermalbildbefliegung werden diese Mittel benötigt. Rechtsgrundlagen dafür sind das Bundes- u. hess. Naturschutzgesetz, Baugesetzbuch sowie Magistratsvorlagen V: 13-V-61-0026 u. 12-V-61-0043 inkl. Beschluss. Magistratsvorlage V: 15-V-36-0015 Fortschreibung LP/FNP. <i>(Umsetzung der Kooperationsvereinbarung, S. 7 - 9, 23 ff.)</i>	30.000 €	30.000 €	keine

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
64	V	36	Wartung von Software; Softwareaktualisierungen	Es entstehen höhere Wartungskosten, da die Plattform zum Landschaftsplan mit technischen Aufbereitungen von Themenkarten erweitert werden muss. <i>(Zur Umsetzung der Kooperationsvereinbarung mit erforderlich);</i> Für die im Fachbereich genutzte Spezialsoftware sind Updates erforderlich. <i>(zur Umsetzung der Kooperationsvereinbarung mit erforderlich)</i>	18.500 €	18.500 €	keine
65	V	36	Veröffentlichungen von Fachgutachten; Druck von Broschüren	Aktualisierte Fachgutachten, z.B. Klimagutachten, Biotoptypenkartierung sollen veröffentlicht werden. <i>(Umsetzung der Kooperationsvereinbarung, S. 7 - 9, 23);</i> Druck von Broschüren und CDs <i>(Zur Umsetzung der Kooperationsvereinbarung mit erforderlich)</i>	5.500 €	5.500 €	keine
66	V	36	Mitgliedsbeitrag für den Zweckverband Naturpark Rhein- Taunus	Zur dauerhaften Absicherung des Naturparks ist eine Aufstockung der Mittel um den "weiteren Bedarf" erforderlich. <i>(Umsetzung der Kooperationsvereinbarung, S. 22)</i>	20.000 €	20.000 €	keine
67	V	36	Verbesserung städt. Streuobstflächen	Durchführung von städtischen Maßnahmen, die dem Zweck der erweiterten Streuobsttrichtlinie dienen, erweitert um ein Blühstreifenprogramm und spezielle Artenschutzmaßnahmen. <i>(Umsetzung der Kooperationsvereinbarung, S. 24 (Biotopfunktion städt. Flächen verbessern) u. S. 22 Blühstreifenprogramm)</i>	20.000 €	20.000 €	keine
68	V	36	Zuschüsse Artenschutz	Durchführung von Fördermaßnahmen an Dritte , die dem Zweck der erweiterten Streuobsttrichtlinie dienen, erweitert um ein Blühstreifenprogramm und spezielle Artenschutzmaßnahmen. <i>(Umsetzung der Kooperationsvereinbarung, S. 22 Blühstreifenprogramm, Biotopschutz)</i>	25.000 €	25.000 €	keine
69	V	36	Streuobstförderprogramm	Förderungen von Maßnahmen zur Wiederherstellung, Ergänzung und Neuanlage von Streuobstflächen. Das Programm soll ab 2017 erweitert werden. Zusätzliche Mittel zur Realisierung des erweiterten Programms sind im IA 100606 (Zuschüsse Artenschutz) und (Verbesserung städt. Streuobstflächen) beantragt. Mit der Sitzungsvorlage 08-V36-0017 wurde ein Streuobstförderprogramm für Wiesbaden aufgelegt. <i>(Umsetzung der Kooperationsvereinbarung, S. 22)</i>	20.000 €	20.000 €	keine

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
70	V	36	Zuschuss an ELW für Verlust aus Errichtung und Betrieb der Freiflächen-Photovoltaik (PV)-Anlage	PV-Anlage Freiflächen, "Rückstellungen" sind aufgebraucht; zum Verlustausgleich an ELW gem. Mag. Beschluss sind weitere Mittel aus dem Steuerhaushalt aufzubringen.	29.000 €	29.000 €	keine
71	V	36	Aufstockung des Zuschusses für die Klimaschutzagentur	Die Klimaschutzagentur soll um eine Stelle mit 0,5 VZÄ aufgestockt werden. Die Stelle soll mit E 13 bewertet sein. <i>(Umsetzung der Kooperationsvereinbarung, S. 26)</i>	40.000 €	40.000 €	keine
72	V	36	Wartungsverträge für offen gelegte Bachabschnitte	Wartungsvertrag Beleuchtungsmittel ESWE für Hochwasserrinne und näheren Umgebungsbereich am Hofgartenplatz in Sonnenberg, Bachlauf Platz d. Dt. Einheit u.ä.	10.000 €	10.000 €	keine
73	V	36	Gutachterleistungen nach Starkregenereignissen	Gutachten hydraulische Detailbetrachtung an diffizilen Hotspots in den Ortslagen zur gezielten Problemlösung. <i>(Umsetzung der Kooperationsvereinbarung, S. 23)</i>	10.000 €	10.000 €	keine
74	V	36	Hochwasserschutz, Stellen von Mauern	Akute Gefahrenabwehrmaßnahmen vor Starkregenereignissen. <i>(Umsetzung der Kooperationsvereinbarung, S. 23)</i>	10.000 €	10.000 €	keine
75	V	36	Ökoprofit	Zur Steigerung der Teilnehmerzahlen und der kontinuierlichen inhaltlichen Weiterentwicklung von ÖKOPROFIT (zum Beispiel Fortführung des Energieeffizienz-Netzwerkes, Einführung spezieller Zusatzmodule wie "ÖKOPROFIT-Energie" oder "ÖKOPROFIT für kleine Betriebe"), sowie einer verstärkten Kooperation im Rahmen von ÖKOPROFIT im Rhein-Main-Gebiet bedarf es in 2018 und 2019 zusätzlicher Sachmittel sowohl zur Durchführung der Bausteine als auch für gezielte Werbe- und Kommunikationsmaßnahmen. <i>(Umsetzung der Kooperationsvereinbarung, S. 26)</i>	18.000 €	18.000 €	keine

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
76	V	36	Pflege unbebauter Grundstücke	Sicherstellung einer qualitativen Pflege über die, mit dem Planansatz mögliche Minimalunterhaltung und Verkehrssicherung hinaus. Hinweis zu IST 16: 20.000 € für Heckenpflege wurden über das Budget von Amt 66 zusätzlich verausgabt. <i>(Umsetzung der Kooperationsvereinbarung, S. 22)</i>	50.000 €	50.000 €	keine
77	V	36	Pflege unbebauter Grundstücke	Sicherstellung einer qualitativen Pflege über die mit dem Planansatz mögliche Minimalunterhaltung und Verkehrssicherung hinaus. Hinweis zu IST 16: 5.000 € für Heckenpflege wurden über das Budget von Amt 66 zusätzlich verausgabt. <i>(Umsetzung der Kooperationsvereinbarung, S. 22)</i>	30.000 €	30.000 €	keine
78	V	36	Baumpflege außerhalb geschlossener Bebauung	Baumpflege Gewässergrundstücke im Außenbereich	140.000 €	120.000 €	keine
79	V	36	Wartung an neuen Schiebern, Gewässerleitungen und Schächten; Beleuchtung Hofgartenplatz; Starkregen Vorsorge	Wartungs- und Reinigungsarbeiten an neuen Schiebern, Rechen, neue Spülleitungen, neue Schächten etc.; Beleuchtung Hofgartenplatz; Kontrakt mit Amt 37 (s. Einmaleffekte, anteiliger Betrag, nicht in den ORD enthalten). <i>(Umsetzung der Kooperationsvereinbarung, S. 23)</i>	74.200 €	54.200 €	keine
80	V	36	Personal- und Versorgungsaufwendungen Klimaschutzmanagerin	Klimaschutzmanagerin ist seit Nov. 2016 bei Amt 36 beschäftigt, in den ORD daher nur anteilig berücksichtigt. <i>(Umsetzung der Kooperationsvereinbarung, S. 26)</i>	59.556 €	60.616 €	Jahresgehalt
81	V	36	2 weitere Stellen im Außendienst	Der Produktbereich "3605, Natur und Landschaft" soll im Außendienst um 2 Stellen verstärkt werden. <i>(Umsetzung der Kooperationsvereinbarung, S. 25)</i>	109.400 €	111.041 €	jeweils Jahresgehalt
82	V	36	1/2 Stelle E13 für Sachbearbeitung UNESCO-Biosphärenregion	Für die Mitarbeit zur Erstellung einer Studie für eine UNESCO-Biosphärenregion Wiesbaden/Rheingau-Taunus/Mainspitze ist die Schaffung/Besetzung einer halben Stelle E 13 erforderlich. <i>(Umsetzung der Kooperationsvereinbarung, S. 22)</i>	44.845 €	45.518 €	Jahresgehalt
123	V	66	Planungskosten	Umsetzung der Kooperationsvereinbarung; Planungskosten u.a. für Parkraummanagementkonzept	100.000 €	100.000 €	noch nicht kalkulierbar

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
124	V	66	Personalkosten für Radfahrbüro	Umsetzung der Kooperationsvereinbarung Es werden 3 Ingenieurstellen geplant, Personalkosten pro Jahr	258.180 €	258.180 €	258.180 €
125	V	66	Personalkosten für Radfahrbüro, hier Ausstattung Büroarbeitsplatz	Umsetzung der Kooperationsvereinbarung Sachkosten pro Person und Jahr 9.700 €	29.100 €	29.100 €	29.100 €
126	V	66	Personalkosten für äußere Erschließung Wohnbaugebiete	Umsetzung der Kooperationsvereinbarung Es werden 3 Stellen geplant (eine Projektleiterstelle und 2 Bauleiterstellen), Personalkosten pro Jahr	214.960 €	214.960 €	214.960 €
127	V	66	Personalkosten für Radfahrbüro, hier Ausstattung Büroarbeitsplatz	Umsetzung der Kooperationsvereinbarung Sachkosten pro Person und Jahr 9.700 €	29.100 €	29.100 €	29.100 €
128	V	66	Einführung der neuen Entgeltordnung	Mit der Einführung der neuen Entgeltordnung sind verschiedene Höhergruppierungsanträge rechtlich möglich.	109.035 €	110.671 €	110.671 €
129	V	66	Mittel zur Verbesserung des ÖPNV (Ausbau)	Bauliche und Verkehrliche Maßnahmen	165.000 €	165.000 €	0 €
239	V	3401	Nachbesetzung nicht besetzter Stellen	Nachbesetzung nicht besetzter Stellen: Amtsleitung langzeitkrank unbesetzte Stellen Assistenz Amtsleitung, SB E 8 und A 11 wurden per Org.Vfg. nach 3401 umgesetzt	241.410 €	245.030 €	245.030 €
240	V	3402	Nachbesetzung nicht besetzter Stellen	Nachbesetzung nicht besetzter Stellen: Die Besetzung von 5 OPB (Stadtpolizei) Stellen wurden aufgrund geplanter und nun umgesetzter Organisationsveränderungen zurückgestellt	236.710 €	240.260 €	240.260 €
241	V	3403	Nachbesetzung nicht besetzter Stellen	Nachbesetzung nicht besetzter Stellen: Nachbesetzung Abteilungsleitung im Klageverfahren, 2 SB Stellen in 2016 nicht durch LG freigegeben, müssen aber nach der Neuorganisation nachbesetzt werden	216.510 €	219.760 €	219.760 €
242	V	3401	2 Stellenschaffungen im Bereich Zentrale Dienste	Je ein/e Sachbearbeiter/in im Bereich Finanzen und Controlling und im Bereich Personal und Beschaffung Eine entsprechende Sitzungsvorlage wird erstellt	112.090 €	113.770 €	113.770 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
243	V	3402	Stellenneuschaffungen 20 im Bereich VKÜ 1 im Bereich Abschlepper 1 im Bereich RadarRotlicht	20 MA in der Verkehrsüberwachung: Um der Aufgabe "Verkehrsüberwachung" nachhaltig und auch flächendeckend gerecht zu werden, ist die Vergrößerung des Personalkörpers im Bereich des Außendienstes um 20 VZÄ erforderlich. 1 MA Abschlepper: Zunahme der Fallzahlen, längere Bearbeitungsdauer aufgrund der Zunahme ab Widersprüchen 1 SB RadarRotlicht: Ein weiterer MA notwendig, 3 Geschwindigkeitsmessfahrzeuge im täglichen 2 Schichtsystem einsetzen zu können Eine entsprechende Sitzungsvorlage wird erstellt	1.229.670 €	1.127.070 €	1.248.110 €
244	V	3401	Stellenwertänderung des Systemadministrators	Aufgabenerweiterung	8.220 €	8.340 €	8.340 €
245	V	3402	Stellenwertänderung der Abteilungsleitung	Erweiterung der Aufgaben	7.380 €	7.530 €	7.530 €
246	V	3402	Stellenwertänderung der Sachgebietsleitung	Der Arbeitsgruppenleitung wurde zum Sachgebietsleitung	9.140 €	9.270 €	9.270 €
247	V	3402	Anpassung Stellenwert und Nachbesetzung	Anpassung Stellenwert an die übrigen Ordnungspoliteibeamten	55.520 €	56.350 €	56.350 €
248	V	34	2 zusätzliche Arbeitsplätze im Bereich 3401 AP 9.700 €	2 zusätzliche Arbeitsplätze im Bereich 3401 AP 9.700 €	19.400 €	29.100 €	29.100 €
249	V	34	3 zusätzliche Arbeitsplätze im Bereich 3402) je AP 9.700 €	zusätzliche Arbeitsplätze 3 im Bereich 3401 und 2 im Bereich 3402) je AP 9.700 €	29.100 €	29.100 €	29.100 €
259	V	67	Personalkosten 6701	Abteilungsleitung Zentrale Dienste (EG12) In 4/2017 wurde die Abteilung 6702 umorganisiert und für den Gebührenhaushalt Friedhöfe wurde eine eigene Abteilung geschaffen. Derzeit werden die Abteilungen 6701 und 6704 in Personalunion geleitet. Da dies dauerhaft nicht leistbar ist, wird das erforderliche Budget für die Abteilungsleitung 6701 sowie Assistenzkraft benötigt.	86.060 €	86.060 €	86.060 €
260	V	67	Personalkosten 6701	Assistenzkraft für die Abteilungsleitung Zentrale Dienste (EG05) siehe oben	49.330 €	49.330 €	49.330 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
261	V	67	Personalkosten 6702	Administrator für Grünflächeninformationssystem (EG9) _ Zum Betrieb des Grünflächeninformationssystems wird ein Fachadministrator benötigt. Neben den Fachadmin-Aufgaben (Betreuung Customizing, Rechteverwaltung, Systemkonfiguration, kontinuierliche Qualitätssicherung) soll die Aufbereitung von Ausschreibungsunterlagen aus der Datenbank Aufgabe sein. Die Stabsstelle 6702 betreut die Systemeinführung derzeit mit (E 11). Der Stabsmitarbeiter 6702 soll perspektivisch eine Bezirksleitung übernehmen. Der derzeitige Bezirksleiter im Bereich der Bauleitung eingesetzt werden.	68.897 €	68.897 €	68.897 €
262	V	67	Personalkosten 6702	Baumkontrolleur (EG9) . Das Sachgebiet verfügt derzeit nur über einen Baumkontrolleur. Da der Großteil der Verkehrssicherheitskontrollen sowie der Verkehrssicherheitsmaßnahmen der 43.500 betreuten Bäume fremdvergeben werden, entsteht ein erheblicher Aufwand für die notwendige Steuerung. Die Durchführung eigener Kontrollen ist nur noch bedingt möglich. Zur Steuerung der Pflege und Unterhaltung des Baumbestands muss daher wieder ein zweiter Baumkontrolleur eingestellt werden, da derzeit notwendige Baumkontrollen, eingehende Untersuchungen und Vergabeverfahren nicht ausreichend fristgerecht abgearbeitet werden können. Dieses ist auch mit weiteren Fremdvergaben nicht möglich.	68.897 €	68.897 €	68.897 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
263	V	67	Personalkosten 6702	Meister Baumkolonne (EG9) der ehemalige Meister der Baumkolonne konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Baumkolonne eingesetzt werden. Er arbeitet derzeit im Innendienst und Außendienst. Zu den Aufgaben gehören ua. die Baustellenüberwachung, Überprüfung von Bauvoranfragen des Bauaufsichtsamtes bzw. Umweltamtes zur Sicherstellung des Baumschutzes und Sicherstellung des notwendigen Baumschutzes. Die Prüfung der Anleiterbarkeit von Gebäuden unter Berücksichtigung der Baumschutzsatzung, in Verbindung mit der Feuerwehr, 36, Architekten, Bauherren gehört ebenso zum Aufgabengebiet wie die Durchsetzung von Baumschutzauflagen, Beauftragung von Fachgutachten, Einbeziehung der UNB bei schwerwiegenden Baumschädigungen (bis zur Stilllegung von Baustellen). Die Überwachung von Vergaben und die Betreuung der Baumpatenschaften gehören gleichfalls zum Aufgabengebiet. Da die Meisterstelle in der Baumkolonne wieder besetzt werden muss, wird eine zusätzliche Stelle benötigt.	68.897 €	68.897 €	68.897 €
264	V	67	Personalkosten 6703	3 Waldarbeiter (EG6) Das Revier Rambach verfügt nicht über eigene Mitarbeiter. Bei Stürmen, Überflutungen und im Bereich Verkehrssicherung müssen ausser Dienstleistern auch immer Forstwirte aus anderen Revieren eingesetzt werden. Eine kleinere Rotte als 3-Mann ist aus Gründen der UVV/Rettungskette sicherheitstechnisch nicht zu verantworten (auch Aussage vom Lehrbetrieb in Weilburg).	161.550 €	161.550 €	161.550 €
265	V	67	Personalkosten 6703	1/2 Stelle Waldpädagoge (E10) Die Stelle Waldpädagogik zu besetzen wird immer dringender. Die Nachfrage insbesondere von Schulen und Kitas nach Waldführungen und Informationen ist so hoch, dass dies nicht von dem vorhandenen Personal „nebenbei“ bewältigt werden kann. Außerdem ist bereits jetzt spürbar, dass der Landesbetrieb Hessen-Forst zum Teil keine Waldpädagogik mehr anbietet und diese Anfragen ebenfalls im Stadtwald eingehen. Eine Teilung der Stelle zu je 1/2 für Forst und Fasanerie ist denkbar.	35.545 €	35.545 €	35.545 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
266	V	67	Personalkosten 6704	Friedhofsplaner (EG12) Besetzung zweier Planstellen ab 01.06.2017 zur Erarbeitung und Umsetzung einer Friedhofsflächenbedarfsanalyse und zur Entwicklung von Strategien zur nachfrageorientierten Neuausrichtung der Wiesbadener Friedhöfe für 2030. Darüber hinaus sollen kontinuierlich Konzepte für eine langfristige und nachhaltigen Sanierung der vorhandenen Infrastruktur erarbeitet und realisiert werden. Sitzungsvorlage im Geschäftsgang.	86.060 €	86.060 €	86.060 €
267	V	67	Personalkosten 6704	Friedhofsplaner (EG1) siehe oben	78.510 €	78.510 €	78.510 €
268	V	67	Personalkosten 6706	1/2 Stelle Naturpädagoge (E10) Die Fasanerie hat zurzeit nur eine Naturpädagogenstelle. Der großen Nachfrage nach naturpädagogischen Angeboten kann bereits jetzt nicht genüge getan werden. Die Anzahl der Teilnehmer von naturpädagogischen Veranstaltungen ist von 10.000 im Jahr 2015 auf 11.500 im Jahr 2016 gestiegen. Bei den Projektwochen (für Schulklassen) ist die Fasanerie damit an ihre Kapazitätsgrenzen gestoßen. Bei Urlaub und Krankheit gibt es keinen Vertreter für den Naturpädagogen. Durch diese Stelle können zusätzliche Einnahmen, z.B. durch Teilnehmergebühren, generiert werden. Eine teilweise Re- Finanzierung ist daher möglich. Eine Teilung der Stelle zu je 1/2 für Forst und Fasanerie ist denkbar.	35.545 €	35.545 €	35.545 €
269	V	67	Personalkosten 6706	Tierpfleger (EG5) Ein zusätzlicher Bedarf für den laufenden Bedarf ist notwendig, da sich u.a. die rechtlichen Anforderungen an die Pflege, Dokumentation der tierpflegerischen Arbeiten sowie an die Weiterbildung und Schulungen der Tierpfleger erhöht haben. Bei den derzeitigen Stelleninhabern haben drei von sieben Tierpflegern aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen und altersbedingten bzw. familiären Gründen ihre Stundenzahl reduziert. Wenn der laufende Betrieb und die Sicherheit der Parkbesucher nicht sichergestellt ist, müsste die Fasanerie kurzfristig tageweise geschlossen bleiben. Die Fasanerie steht im öffentlichen Fokus. Schließungen würden massive Beschwerden nach sich ziehen.	49.330 €	49.330 €	49.330 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
270	V	67	Dienst- und Schutzkleidung 6702	Der Kleiderplan aus 2006 musste überarbeitet werden und an aktuelle Rechtsgrundlagen sowie Tätigkeitsveränderungen angepasst werden. Des Weiteren war die Unzufriedenheit der Mitarbeiter hinsichtlich der Praktikabilität und Qualität groß. Ergebnisse der Arbeitsgruppe: - Deutlich mehr Mitarbeiter als bisher müssen mit Warnschutzkleidung der Klasse 3 ausgerüstet werden - Gemäß Dienstvereinbarung ist Warnkleidung auf Kosten der Stadt zu reinigen. - Umstieg auf Mietkleidungssystem. Rahmenvertragsausschreibung erfolgte durch Amt 80. - Arbeitskleidung kann somit rechtskonform angeboten werden, mögliche Unfallgefahren reduziert (Warnschutz) und die MA Zufriedenheit erhöht werden.	75.000 €	75.000 €	75.000 €
271	V	67	Dienst- und Schutzkleidung 6704	siehe oben	48.000 €	48.000 €	48.000 €
272	V	67	Dienst- und Schutzkleidung 6706	siehe oben	10.000 €	10.000 €	10.000 €
273	V	67	Wivertis-Kosten 6701	Kostensteigerung durch steigende Preise, steigende Datenspeicherkontingente, steigende Anforderungen an die Technikausstattung der Arbeitsplätze	10.000 €	10.000 €	10.000 €
274	V	67	Wivertis-Kosten 6702 - Grün	Kostensteigerung durch steigende Preise, steigende Datenspeicherkontingente, steigende Anforderungen an die Technikausstattung der Arbeitsplätze, die Ausstattung von mehr Mitarbeitern auch in Außenbereichen mit Hard- und Software (z.B. bedingt durch die Einführung des GRIS).	70.000 €	70.000 €	70.000 €
275	V	67	Wivertis-Kosten 6702 Werkstatt	Kostensteigerung durch steigende Preise, steigende Datenspeicherkontingente, steigende Anforderungen an die Technikausstattung der Arbeitsplätze, die Ausstattung von mehr Mitarbeitern auch in Außenbereichen mit Hard- und Software (z.B. bedingt durch die Einführung des GRIS).	4.000 €	4.000 €	4.000 €
276	V	67	Wivertis-Kosten 6703	Kostensteigerung durch steigende Preise, steigende Datenspeicherkontingente, steigende Anforderungen an die Technikausstattung der Arbeitsplätze	25.000 €	25.000 €	25.000 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
277	V	67	Wivertis-Kosten 6704	Kostensteigerung durch steigende Preise, steigende Datenspeicherkontingente, steigende Anforderungen an die Technikausstattung der Arbeitsplätze, die Ausstattung von mehr Mitarbeitern auch in Außenbereichen mit Hard- und Software (z.B. bedingt durch die Einführung des GRIS).	25.000 €	25.000 €	25.000 €
278	V	67	Wivertis-Kosten 6706	Kostensteigerung durch steigende Preise, steigende Datenspeicherkontingente, steigende Anforderungen an die Technikausstattung der Arbeitsplätze, ein zusätzlicher Arbeitsplatz Veranstaltungsmanagement	10.000 €	10.000 €	10.000 €
279	V	67	Kontrolle, Sicherheit und Unterhaltung der <u>Bäume auf den Friedhöfen</u>	Bekämpfung Eichenprozessionsspinner, Vergabe von Regelkontrollen sowie zusätzlichen Kontrollen wegen Massaria-Krankheit, Vergabe von Baumpflege- oder Fällmaßnahmen in Folge der Baumkontrollen	274.350 €	274.350 €	274.350 €
280	V	67	Kontrolle, Sicherheit und Unterhaltung der <u>Bäume in Grünanlagen und Spielplätzen Wiesbaden</u>	Bekämpfung Eichenprozessionsspinner, Vergabe von Regelkontrollen sowie zusätzlichen Kontrollen wegen Massaria-Krankheit, Vergabe von Baumpflege- oder Fällmaßnahmen in Folge der Baumkontrollen	283.200 €	283.700 €	283.700 €
281	V	67	Kontrolle, Sicherheit und Unterhaltung der <u>Bäume in Grünanlagen und Spielplätzen AKK</u>	Bekämpfung Eichenprozessionsspinner, Vergabe von Regelkontrollen sowie zusätzlichen Kontrollen wegen Massaria-Krankheit, Vergabe von Baumpflege- oder Fällmaßnahmen in Folge der Baumkontrollen	65.000 €	66.000 €	66.000 €
282	V	67	Naturpädagogik Materialien	Honorare für Referenten, Ausstellungen, Entwürfe/Layout/Druck für ein Infosystem, Didaktikkisten, Resilienzstationen, Tische und Stühle für die Scheune, Didaktik Greifvogelanlage 2018 und Fischotter 2019	25.000 €	25.000 €	25.000 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
283	V	67	Forsteinrichtung	Das Hessische Waldgesetz schreibt für Wälder der Größenordnung wie in Wiesbaden die Durchführung einer Forstinventur (sog. Forsteinrichtung) alle 10 Jahre vor. Die letzte erfolgte 2006. Die Forsteinrichtung erfasst den Jetzt-Zustand des Waldes (Vorrat in qm, Verjüngungsfortschritt, Pflegezustand usw.) und setzt darauf hin die Planung fest, welche für jeden Bestand einzeln erfasst wird und in den jährlichen Hiebssatz bzw. Nutzungssatz mündet. Erfasst werden ebenfalls die Referenzflächen nach FSC-Richtlinien sowie liegendes und stehendes Totholz. Die Forsteinrichtung ist eine elementare Grundlage für die Planung jedes Forstbetriebes und ein unverzichtbares Werkzeug für die zukünftige Nutzung im Sinne einer waldschonenden und nachhaltigen Waldwirtschaft. Sie ist gesetzlich vorgeschrieben (§5) und berücksichtigt bei der Erstellung nicht nur die Nutzungs- und damit Einkommensfunktion, sondern legt die Grundlagen für umweltschonende, nachhaltige Forstwirtschaft mit Einbindung der Zertifizierungsvorgaben und der Ziele der Waldbesitzerin.	50.000 €	50.000 €	
284	V	67	Forsten Öffentlichkeitsarbeit	Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Forsten	3.000 €	3.000 €	3.000 €
285	V	67	Förderung der Landwirtschaft	Zuschüsse an Vereine (2016 sind einige Zuschüsse nicht zur Auszahlung gelangt, die Überleitung des Budget wurde entsprechend beantragt, da die Auszahlung sich z.T. nur verschoben hat. 2016 haben viele Schauen zu Tierseuchen nicht stattgefunden, so dass keine Ehrenpreise vergeben werden konnten. Die Zahl der Jubiläen ist ebenfalls nicht kalkulierbar und schwankt. Daher sollte der Planwert aus 2016/17 beibehalten und geringfügig aufgestockt werden.	8.500 €	8.500 €	8.500 €
286	V	67	Grünunterhaltung Straßenbegleitgrün WI	Grünunterhaltung Straßenbegleitgrün Wiesbaden: Kontierungselement für die Vergabe von Dienstleistungen sowie für die Beschaffung von Materialien zur gärtnerischen Unterhaltung des Straßenbegleitgrünes, incl. Verkehrssicherungspflicht	1.083.664 €	1.083.664 €	1.083.664 €
287	V	67	Grünunterhaltung Straßenbegleitgrün WI	Rasenpflege Straßenbegleitgrün Wiesbaden: Kontierungselement für die Vergabe der Mäharbeiten, incl. Verkehrssicherungspflicht	0 €	0 €	0 €
288	V	67	Grünunterhaltung Straßenbegleitgrün WI	Hecken Straßenbegleitgrün Wiesbaden: Kontierungselement für die Vergabe des Heckenschnittes, incl. Verkehrssicherungspflicht	0 €	0 €	0 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
289	V	67	Grünunterhaltung Straßenbegleitgrün AKK	Grünunterhaltung Straßenbegleitgrün AKK: Kontierungselement für die Vergabe von Dienstleistungen sowie für die Beschaffung von Materialien zur gärtnerischen Unterhaltung des Straßenbegleitgrünes, incl. Verkehrssicherungspflicht	206.876 €	206.876 €	206.876 €
290	V	67	Grünunterhaltung Straßenbegleitgrün AKK	Rasenpflege Straßenbegleitgrün AKK: Kontierungselement für die Vergabe der Mäharbeiten, incl. Verkehrssicherungspflicht	0 €	0 €	0 €
291	V	67	Grünunterhaltung Straßenbegleitgrün AKK	Hecken Straßenbegleitgrün AKK: Kontierungselement für die Vergabe des Heckenschnittes, incl. Verkehrssicherungspflicht	0 €	0 €	0 €
292	V	67	Straßenbäume WI	BG Baumpflege Wiesbaden: Kontierungselement für die Vergabe von Dienstleistungen sowie für die Beschaffung von Materialien zur gärtnerischen Unterhaltung der Straßenbäume, incl. Verkehrssicherungspflicht	977.380 €	983.880 €	983.880 €
293	V	67	Straßenbäume AKK	BG Baumpflege AKK: Kontierungselement für die Vergabe von Dienstleistungen sowie für die Beschaffung von Materialien zur gärtnerischen Unterhaltung der Straßenbäume, incl. Verkehrssicherungspflicht	117.100 €	118.100 €	118.100 €

LANDESHAUPTSTADT



Dezernat VI (Weiterer Bedarf)

20 Kämmerei
21 Kassen- und Steueramt
40 Schulamt
41 Kulturamt
95/96 Dezernatsbüro VI

Finanzdezernat Wiesbaden

Haushalt Wiesbaden und AKK

Haushalt 2018/2019 - Weitere Bedarfe CO - Zusammenfassung

Dezernat	Weiterer Bedarf 2018	Weiterer Bedarf 2019
VI	9.682.377 €	10.683.594 €
21	651.000 €	633.500 €
40	3.847.627 €	4.175.724 €
41	1.795.710 €	2.025.930 €
4005	1.343.010 €	1.721.010 €
20/IT-M	1.778.830 €	1.861.230 €
40/41	266.200 €	266.200 €
Gesamtergebnis	9.682.377 €	10.683.594 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
137	VI	40	HM- Gustav-Stresemann-Housing- Area / 0,5 VZÄ	Mehrbedarfe für Hausmeistertätigkeit in der Außenstelle Gustav-Stresemann-Schule/Housing Area; Durchschnittsarbeitgeberbrutto 2017 + 1,5 % TVöD E 5 (24.665 € für 0,5 VZÄ); 17-V-40-0010 im Geschäftsgang (Budgetbedarf ist gegenüber SV aktualisiert)	25.035 €	25.410 €	25.410 €
138	VI	40	HM- IGS-Rheingauviertel / 0,5 VZÄ	Mehrbedarfe für Hausmeistertätigkeit in IGS Rheingauviertel; Durchschnittsarbeitgeberbrutto 2017 + 1,5 % TVöD E 5 (24.665 € für 0,5 VZÄ); 17-V-40-0017 noch in Bearbeitung	25.035 €	25.410 €	25.410 €
139	VI	40	Aufstockung Std. Schulsekretariate gem. Auswertung KGST-Rechner	Die Auswertung über den KGST-Rechner ergab einen Mehrbedarf von insgesamt 3,34 VZÄ für alle Schulen; Durchschnittsarbeitgeberbrutto 2107 + 1,5 %; 17-V-40-0009;	199.677 €	202.672 €	202.672 €
140	VI	40	zusätzl. Personalbedarf 400310	Die Abteilung Bau und Beschaffung hat erhöhte Anforderungen zu erfüllen; Durchschnittsarbeitgeberbrutto 2017 + 1,5 % TVöD E 5 (49.330 €); 17-V-40-0011 zur Abstimmung 20	50.070 €	50.820 €	50.820 €
141	VI	40	HM-Stelle Kellerskopfschule	Mehrbedarfe für Hausmeistertätigkeit in der Kellerskopfschule; Durchschnittsarbeitgeberbrutto 2017 + 1,5 % TVöD E 5 (49.330 €); 17-V-40-0023 noch in Bearbeitung	50.070 €	50.820 €	50.820 €
142	VI	40	3 Springerinnen Schulsekretariat (20 Wstd) E7	Zum Einsatz in allen Schulen bei Ausfall durch Krankheit und bis zur neuen Stellenbesetzung/ Durchschnittsarbeitgeberbrutto 2017 + 1,5 % TVöD E 7 (30.200 €/MA für 20 Wstd); SV 17-V-40-0020 im Unterschriftsgang 40	91.960 €	93.340 €	93.340 €
143	VI	40	3 Springer Schulhausmeister E 5	Zum Einsatz in allen Schulen bei Ausfall durch Krankheit und bis zur neuen Stellenbesetzung/ Durchschnittsarbeitgeberbrutto 2017 +1,5 % TVöD E 5 (49.330 €/MA); SV 17-V-40-0019 im Unterschriftsgang 40	150.210 €	152.462 €	152.462 €
144	VI	40	Strom	Die Entwicklung des Strompreises bzw. von Mehrverbräuchen aufgrund von Nutzungserweiterungen werden vereinfacht mit 5% Erhöhung angenommen. Basiswert 2016 zuzügl. 5% ergibt 2018; Basiswert 2018 zuzügl. 5% ergibt 2019. (gekürzt um Vorabfestlegungen für Th-Fliedner 15000121)	97.210 €	195.400 €	107.170 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
145	VI	40	Gas	Die Entwicklung des Gaspreises bzw. von Mehrverbräuchen aufgrund von Nutzungserweiterungen werden vereinfacht mit 5% Erhöhung angenommen. Basiswert 2016 zuzügl. 5% ergibt 2018; Basiswert 2018 zuzügl. 5% ergibt 2019.(gekürzt um Vorabfestlegungen für Th-Fliedner 15000121)	105.600 €	211.460 €	116.420 €
146	VI	40	Fernwärme	Die Entwicklung des Preises für Fernwärme bzw. von Mehrverbräuchen aufgrund von Nutzungserweiterungen werden vereinfacht mit 5% Erhöhung angenommen. Basiswert 2016 zuzügl. 5% ergibt 2018; Basiswert 2018 zuzügl. 5% ergibt 2019.	27.170 €	55.700 €	29.950 €
147	VI	40	Heizöl	Die Entwicklung des Heizöl-/Holzpelletpreises bzw. von Mehrverbräuchen aufgrund von Nutzungserweiterungen werden vereinfacht mit 5% Erhöhung angenommen. Basiswert 2016 zuzügl. 5% ergibt 2018; Basiswert 2018 zuzügl. 5% ergibt 2019.(gekürzt um Vorabfestlegungen für Th-Fliedner 15000121)	2.070 €	4.250 €	2.280 €
148	VI	40	Treibstoffe	Preissteigerung für die Treibstoffe für Maschinen der Hausmeister und des Fahrzeuges der Jugendverkehrsschule	2.710 €	2.710 €	2.710 €
149	VI	40	Wasser-Abwasser	Mehrbedarf Erweiterung der F-Gansberg-Schule durch Containeranlage	1.740 €	2.040 €	2.340 €
150	VI	40	Materialaufw f Gebäude u. Außenanlagen	Die bisherige Ausstattung mit Feuerlöscher und Beschilderung ist unzureichend: Mehrbedarfe für Erweiterung von Schulen; durch mangelnde Ausstattung in den bestehenden Schulen, fehlende Abdeckhauben und unzureichende Beschilderung in den Schulen	5.980 €	5.980 €	5.980 €
151	VI	40	Beschaffungen im Rahmen des Medienentwicklungsplans	In der Sitzungsvorlage 16-V-40-0027 zum Medienentwicklungsplanes für die Wiesbadener Schulen sind die Bedarfe dargestellt und die Supportfinanzierung neu geregelt. Die Kooperation mit dem Land (Wies@n) schreibt eine Beschaffungsquote vor (210.170 €). Neben dem bisherigen Istaufwand sind Mehrbedarfe definiert, die die Schulen für die EDV/neuen Medien brauchen. MEP 350.040 €=560.210€	550.040 €	560.210 €	560.210 €
152	VI	40/41	Erhöhung der Supportleistung durch das Medienzentrum	Das Medienzentrum erbringt die Umsetzung des Medienentwicklungsplanes in allen Wiesbadener Schulen. Kontierung bei Amt 41	266.200 €	266.200 €	266.200 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
153	VI	40	Wiesan	Projekt Wiesbadener Schulen ans Netz mit einer Kooperation mit dem Land; Grundsatzvorlage 99-V-40-0022 aus 2012; Mehrbedarfe durch Ausbau der EDV an Schulen	60.000 €	60.000 €	60.000 €
154	VI	40	Berufskleidung für Hausmeister und Küchenhilfen	Neue Hausmeister müssen mit neuer Berufskleidung ausgestattet werden. Preissteigerungen und Stellenbesetzungen begründen die Mehrbedarfe.	2.330 €	2.330 €	2.330 €
155	VI	40	Schülerbeförderung	Die Einführung des hessenweiten Schülertickets ab dem Schuljahr 2017/18 wird Mehrbedarfe in Höhe von 250.000 € pro Jahr verursachen (17-V-40-0022 ist im Geschäftsgang). Darüber hinaus sind die Tarifierhöhungen der Fahrpreise mit rund 3% pro Jahr sowie Erhöhung der Beförderungstage eingerechnet. Mehrbedarfe bei der Beförderung von schulwegunfähigen Kindern durch eine Preissteigerung von rund 2%.	361.100 €	475.500 €	148.110 €
156	VI	40	Installation der Aufschaltung des Hausalarms zur Evakuierung für alle Schulen	Die Installation der Aufschaltung des Hausalarms zur Evakuierung für alle Schulen wird seit 2012 in Betracht gezogen. Entsprechende Mehrbedarfe sind für die Umsetzung einzustellen.	110.400 €	110.400 €	110.400 €
157	VI	40	Instandh v Einrichtungen u Ausstattungen	Viele Spielgeräte auf Schulhöfen sind alt und haben daher einen erhöhten Reparaturaufwand. Weitere Bedarfe rd. 35% .	52.070 €	52.070 €	52.070 €
158	VI	40	Wartung Maschinen/Geräte/sonstiges AV	Die Arbeitsmaschinen im Bestand der Hausmeister (Rasenmäher, Laubsauger etc.) werden älter und daher reparaturbedürftig.	7.030 €	7.030 €	7.030 €
159	VI	40	Grünpflege	Die Bäume auf den Schulgrundstücken werden auf ihre Verkehrssicherheit geprüft. Der Aufwand für die daraus notwendigen Sicherungsmaßnahmen steigen stetig. Daher Mehrbedarf von + 20 %. Darüber hinaus werden vermehrt Sturmschäden erwartet.	50.020 €	50.020 €	50.020 €
160	VI	40	Aufwendungen für Fremdensorgung	Schulen haben Altbestände aus dem Chemieunterricht über die HIM zu entsorgen.	4.640 €	4.640 €	4.640 €
161	VI	40	Fremdreinigung	Der Neubau der Freiherr-vom Stein-Schule wird ab 01.08.2018 bezogen. Die Schulreinigung kommt neu dazu, wird in 2018 noch durch Vorabfestlegung gedeckt.	0 €	29.880 €	37.080 €
162	VI	40	Aufwendungen für Fremdensorgung	Für die neuen Container in der Fritz-Gansberg-Schule werden weitere Abfallbehälter benötigt.	1.580 €	1.580 €	1.580 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
163	VI	40	Fremdreinigung	Für die neuen Container in der Fritz-Gansberg-Schule fallen zusätzliche regelmäßige Reinigungskosten an.	6.000 €	6.200 €	6.200 €
164	VI	40	Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	Die Container für die Fritz-Gansberg werden gemietet. Der Mietpreis ist ein reiner Mehrbedarf. (Schätzwert)	151.200 €	151.200 €	151.200 €
165	VI	40	Strom	Mehrbedarf Erweiterung der F-Gansberg-Schule durch Containeranlage	8.000 €	8.400 €	8.820 €
166	VI	40	Fremdreinigung	Die Außenstelle G-Stresemann-Schule wird um eine Etage erweitert. Die regelmäßige Reinigung verursacht weitere Bedarfe.	12.000 €	12.360 €	12.710 €
167	VI	40	Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	Die Außenstelle G-Stresemann-Schule wird um eine Etage erweitert. Die Miete inklusive Nebenkosten dieser Etage verursacht weitere Bedarfe (2018:335.400 €/2019:339.330 €) abzüglich eines Anteils der Vorabfestlegungen.	181.800 €	185.730 €	343.460 €
168	VI	40	Fremdreinigung	Die Ursula-Wölfel-Grundschule wird fremdgeräumt. Da das Gebäude erst im Sommer 2016 und nur in geringem Umfang als Schule genutzt war, ist ein weiterer Bedarf notwendig.	39.160 €	41.160 €	42.350 €
169	VI	40	Aufw. Büromaterial, Drucks.	Für die Erstausrüstung der weiteren Klassen werden in der Ursula-Wölfel-Grundschule weitere Bedarfe benötigt.	0 €	122.460 €	0 €
170	VI	40	Fremdreinigung	Die Verträge für die regelmäßige Schulreinigung beinhaltet eine jährliche Steigerung von 3% und verursacht daher weitere Bedarfe (für 2018=2016+3%=2017+3%; für 2019=2018*3%). Abzüglich Anteilen aus den Vorabfestlegungen für Th-Fließner und F-v-Stein-Schule	234.460 €	358.700 €	253.570 €
171	VI	40	Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	Die Betriebsführungspauschale für das Blockheizkraftwerk BHKW in der Wilhelm-Leuschner-Schule erhöht sich.	26.000 €	26.000 €	26.000 €
172	VI	40	Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	Die Instandhaltungspauschale für die MMS Comenius-Schule steigt und verursacht weitere Bedarfe.	11.600 €	11.600 €	11.600 €
173	VI	40	Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	Mietzahlung für MMS-Projekt für F-Ebert-Schule war in 2016 im Ist nur mit 4 Monaten eingerechnet; Bedarfe nach STVV 14-V-40-0035 wurden leider nicht in Vorabfestlegung berücksichtigt. Jährlich rund 656.100 € Miete inklusive Nebenkosten.	439.400 €	439.400 €	439.400 €
174	VI	40	sonst. Aufw. Inanspruchn. Dritte	externe Zugangsmöglichkeit außerhalb der Schulzeiten und Aufschaltung BMA, STVV-Beschluss :59 aus 2013; 12-V-40-0047	78.000 €	78.000 €	78.000 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
175	VI	40	sonst. Aufw. Inanspruchn. Dritte	In der Schulze-Delitzsch-Schule wird für die Belegung an Samstagen und 3-mal pro Woche abends ein Schließdienst benötigt. Dieser Mehrbedarf ist unabwendbar ansonsten ist der Unterricht samstags und abends nicht möglich!	3.820 €	3.820 €	3.820 €
176	VI	40	sonst. Aufw. Inanspruchn. Dritte	Zur Vermeidung von weiteren Sachbeschädigungen / Einbrüchen erfolgt eine regelmäßige Überwachung an Schulen durch einen externen Sicherheitsdienst (18.000,00 €) inklusive einmaliger technischer Ausstattung (11.000,00 €) ab 2017.	29.000 €	18.000 €	18.000 €
177	VI	40	Aufw. Büromaterial, Drucks.	Erstausstattung der Klassenzimmer im Rahmen der Erweiterung der Theodor-Fliedner-Schule, 1. Halbjahr 2018	569.880 €	0 €	0 €
178	VI	40	Aufw. Büromaterial, Drucks.	Erstausstattung der Klassenzimmer im Rahmen des Neubaus der Rudolf-Dietz-Schule, 1. Halbjahr 2019	0 €	197.000 €	0 €
179	VI	40	Aufw. Büromaterial, Drucks.	Erstausstattung der Klassenzimmer im Rahmen der Erweiterung der GS Nordenstadt , 1. Halbjahr 2019	0 €	60.000 €	0 €
180	VI	40	Telefonkosten	Aufgrund eines Wechsels vom "nur Telefonier-Handy" zum "Einfach-Smartphone" wird der Handytarif für die Diensthandys der Hausmeister teurer. Die Möglichkeiten z.B. Verschickung von Bilder von Schäden etc. rechtfertigt den Wechsel.	11.050 €	11.050 €	11.050 €
181	VI	40	Schüleraustausch m.PartnerstädtenD-Plan	Das bisherige Budget für die Anträge für den Schüleraustausch ist mit rd 18.230 € zu knapp. Anträge mussten in 2016 gekürzt werden. Der Preisanstieg bei den Gastkarten geht zu Lasten des Budgets.	7.510 €	7.510 €	7.510 €
182	VI	40	sonst Aufwendgen f Kommunikation	Der Anteil des Schulamt /der Schulen an dem gesamtstädtischen Internetauftritt ist in 2016 nicht abgerufen worden. Es wird jedoch ein Kostenanteil für 2018/19 erwartet.	5.000 €	5.000 €	5.000 €
183	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkinderbetreuung Adalbert-Stifter-Schule; Anzahl der Plätze steigt	29.430 €	29.430 €	29.430 €
184	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkinderbetreuung Adolf-Reichwein-Schule; Anzahl der Plätze steigt	2.870 €	2.870 €	2.870 €
185	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkinderbetreuung Alfred-Delp-Schule;Anzahl der Plätze steigt	19.460 €	19.460 €	19.460 €
186	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkinderbetreuung Grundschule Bierstadt; Anzahl der Plätze steigt	10.860 €	10.860 €	10.860 €
187	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkinderbetreuung Brüder-Grimm-Schule; Anzahl der Plätze steigt	5.730 €	5.730 €	5.730 €
188	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkinderbetreuung Carlo-Mierendorff-Schule; Anzahl der Plätze steigt	4.010 €	4.010 €	4.010 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
189	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkindbetreuung Diesterwegschule, Anzahl der Plätze steigt	15.280 €	15.280 €	15.280 €
190	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkindbetreuung Ernst-Göbel-Schule, Anzahl der Plätze steigt	15.680 €	15.680 €	15.680 €
191	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkindbetreuung Geschwister-Scholl-Schule; Anzahl der Plätze steigt	41.320 €	41.320 €	41.320 €
192	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkindbetreuung Grundschule Nordenstadt; Anzahl der Plätze steigt	33.490 €	33.490 €	33.490 €
193	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkindbetreuung Hebbelschule; Anzahl der Plätze steigt	20.260 €	20.260 €	20.260 €
194	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkindbetreuung Josef-von-Eichendorff-Schule; Anzahl der Plätze steigt	10.770 €	10.770 €	10.770 €
195	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkindbetreuung Karl-Gärtner-Schule; Anzahl der Plätze steigt	6.180 €	6.180 €	6.180 €
196	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkindbetreuung Kohlheckschule; Anzahl der Plätze steigt	12.470 €	12.470 €	12.470 €
197	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkindbetreuung Grundschule Hollerborn - Ursula-Wölfel-Schule; Anzahl der Plätze steigt	53.550 €	53.550 €	53.550 €
198	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkindbetreuung Otto-Stückrath-Schule; Anzahl der Plätze steigt	33.230 €	33.230 €	33.230 €
199	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkindbetreuung Philipp-Reis-Schule; Anzahl der Plätze steigt	4.170 €	4.170 €	4.170 €
200	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkindbetreuung Rudolf-Dietz-Schule Pustebume Auringen; Anzahl der Plätze steigt	460 €	460 €	460 €
201	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkindbetreuung Robert-Schumann-Schule; Anzahl der Plätze steigt	750 €	750 €	750 €
202	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkindbetreuung Rudolf-Dietz-Schule ; Anzahl der Plätze steigt	12.260 €	12.260 €	12.260 €
203	VI	4005	Zuschuss	Ausbau Grundschulkindbetreuung Peter-Rosegger-Schule; Anzahl der Plätze steigt	910 €	910 €	910 €
204	VI	4005	Sachkostenzuschuss	Ausbau Grundschulkindbetreuung WI allgemein	157.870 €	157.870 €	157.870 €
205	VI	4005	Zuschuss Ausstattung, Räume etc.	Ausbau Grundschulkindbetreuung WI allgemein - Weiterer Ausbau von ca. 300 Plätzen	96.000 €	96.000 €	96.000 €
206	VI	4005	Zuschusszahlung an FV oder freie Träger	Ausbau Grundschulkindbetreuung WI allgemein - Weiterer Ausbau von jährlich ca. 300 Plätzen; d.h. 2017: 300 Plätze= 378.000 + 2018: 300Plätze= 756.000 €; in 2019: 300+300+300Plätze	756.000 €	1.134.000 €	378.000 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
207	VI	41	Betriebskostenzuschuss Staatstheater	Anpassung des Betriebskostenzuschusses entsprechend der Etatverhandlungen mit dem Land Hessen (der erhöhte Anteil ist ohne Anteil KFA)	1.152.610 €	1.216.580 €	18.450.624 €
208	VI	41	Wiesbadener-Musik & Kunstschule/ Zuschuss	Ausgleich des strukturellen Defizits der WMK	185.000 €	275.000 €	2.556.310 €
209	VI	41	VHS / Zuschuss (ohne Anteil Mietverrechnung, Hessencampus, Akademie für Ältere und AKK)	Anpassung des Zuschusses aufgrund von Tarifsteigerungen , notwendigen Honoraranpassungen und Maßnahmen im Bereich Schulabschlüsse	280.000 €	280.000 €	1.719.870 €
210	VI	41	Förderung der Kultur/ Inst. Zuschüsse an kulturelle Einrichtungen	In den vergangenen Jahren wurden die meisten inst. Zuschüsse nicht erhöht. Auf der Gegenseite sind die Kosten kontinuierlich gestiegen. Detaillierte Anträge der Einrichtungen hierzu liegen vor.			
211	VI	41	Kulturticket	Von Seiten der ESWE-Verkehr ist eine deutliche Erhöhung des Kombitickets vorgesehen.	79.570 €	113.820 €	207.370 €
212	VI	41	Kulturelle Veranstaltungen	Anpassung der Projektmittel für kulturelle Veranstaltungen: Bereitstellung von Komplementärmitteln der LHW, um Zuschüsse des Kulturfonds Rhein-Main akquirieren zu können	28.160 €	28.160 €	0 €
213	VI	41	Kunstsommer	In der Kooperationsvereinbarung ist die Durchführung eines Kunstsommers vorgesehen. Über die Ausgestaltung soll in den nächsten Monaten beraten werden.	0 €	0 €	0 €
214	VI	41	Stadtteilkulturveranstaltungen	Der Ansatz für die Stadtteilkulturveranstaltungen wurde seit Jahren nicht erhöht; im Gegenzug sind die Kosten für die Veranstalter vor Ort kontinuierlich gestiegen. Mit dem Etat werden Veranstaltungen in den meisten Wiesbadener Stadtbezirken durchgeführt.	45.810 €	45.810 €	0 €
215	VI	41	Anmietung von Lagerflächen	Das Stadtarchiv stößt mit seiner Lagerkapazität an seine Grenzen. Die Magazinfläche ist fast vollständig mit Akten belegt. Jedes Jahr erfolgen aber auch weiterhin Aktenabgaben aus der Verwaltung. Nach der archivischen Bewertung kommen so rund 100 laufende Meter zusammen; hinzu kommen Nachlässe, Vereinsschriftgut und anderes archivwürdiges Material. Zur Übernahme dieser Unterlagen besteht eine gesetzliche Verpflichtung. Da sich die naheliegende Lösung, die Räume der Schilderwerkstatt zu übernehmen, nach Aussage der SEG um ca. 5 Jahre hinauszögert, müssen zwischenzeitlich Lagerflächen angemietet werden.	0 €	42.000 €	42.000 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
216	VI	41	Restaurierung von Archivalien	Restaurierungen sind zum Erhalt von Archivalien und deren Wert als historische Überlieferung unerlässlich. Zahlreiche Archivalien, durchweg historisch wertvolle Unikate, befinden sich in einem mangelhaften Zustand und müssen dringend restauriert werden, z.B. Baupläne. Um an den von Seiten der Bundesregierung über die KEK (Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes) bereitgestellten Mitteln partizipieren zu können, bedarf es eines Eigenanteils in Höhe etwa eines Drittels der zu beantragenden Gelder. (Gesamtmaßnahme: 30.000 Euro).	10.000 €	10.000 €	0 €
217	VI	41	Buchbindearbeiten	Zahlreiche historische Veröffentlichungen und Archivalien wie z.B. Amtsbücher müssen gebunden bzw. schadhafte Einbände ersetzt werden, um auch in Zukunft deren oftmals aus rechtlichen Gründen erforderliche Benutzung zu gewährleisten sowie auch deren dauerhafte Erhaltung zu sichern (z. B. Adressbücher, Zeitungen, Vereinsschriften, Drucksachen der Ämter u. v. a. m.). Vor allem im Bereich der Personenstandsregister, die seit 2009 zu Archivgut werden, besteht erheblicher Nachholbedarf.	14.560 €	14.560 €	0 €
218	VI	20/IT-M	Beraterunterstützung UAM (Verfahren zur Vergabe von Rollen- und Berechtigung sowie zur Verwaltung von Stammdaten im SAP)	Aufgrund einer seit längerer Zeit nicht besetzten Stelle ist derzeit kein Betreuer des Verfahrens mehr vorhanden - es muss zum Einen die Einarbeitung neuer Betreuer über Berater geleistet werden und zum anderen sind dringend Prozesse im System anzupassen und in Verbindung mit dem neuen Schulungskonzept einzurichten. Nach Abschluss dieser Arbeiten entstehen keine Folgekosten.	11.420 €	2.900 €	0 €
219	VI	20/IT-M	Beraterunterstützung WPB (Verfahren zur Erstellung von Schulungsunterlagen im SAP-Umfeld, sowie zur Durchführung von E-Learnings)	Aufgrund von Personalengpässen wurde das Einführungsprojekt verlangsamt. Die weitere Einführung muss mit verstärkter Beraterunterstützung erfolgen. Durch den Einsatz des WPB können neue Schulungsformen (z.B. eLearning) zur Verfügung gestellt werden. Dies führt mittelfristig zu einer Verringerung des Schulungsaufwandes und zu einem anwenderorientierten Schulungsangebot. Nach Abschluss dieser Arbeiten entstehen keine Folgekosten.	16.180 €	2.100 €	0 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
220	VI	20/IT-M	Prozessoptimierung SAP	Änderungsbedarf aufgrund geänderter Geschäftsprozesse, Anpassungen aufgrund geänderter Anforderungen an die Kosten- und Leistungsrechnung, Dokumentation / Wissensmanagement, Sicherstellung künftiger Einarbeitung bei Fluktuation zur Vermeidung weiterer Engpässe auf Seiten des Kompetenzzentrums und der Anwenderseite. Um die Arbeiten in einem angemessenen Zeitraum abschließen zu können, ist hier eine verstärkte Unterstützung notwendig, die aber keine Folgekosten verursacht.	14.500 €	14.500 €	0 €
221	VI	20/IT-M	camt (neues Format des Kontoauszugs)	Angekündigte Änderung der gesetzlichen Anforderungen an den Datenaustausch mit den Banken für den Zahlungsverkehr, nach Abschluss der Prozesskonfiguration entstehen keine Folgekosten.	21.000 €	0 €	0 €
222	VI	20/IT-M	Abbildung Miete und Leasing	Anpassung des Geschäftsprozesses zur Abbildung von Miete und Leasing im SAP-Modul Materialwirtschaft (inkl. Anbindung an die Finanzbuchhaltung und die Prozesse zur Rechnungsprüfung). Nach Abschluss der Einführung entstehen keine Folgekosten.	0 €	22.000 €	0 €
223	VI	20/IT-M	SAP-Systemkosten	aufgrund der hohen Auslastung der SAP-Server ist davon auszugehen, dass die Kapazitäten ausgeweitet werden müssen um ausreichende Arbeitsspeicher und Antwortzeiten zu gewährleisten	20.000 €	20.000 €	20.000 €
224	VI	20/IT-M	Wartung SAP-Lizenzen	erwartete Anpassung der Softwarepflegevergütung + neuer Einsatz des Workflow Performance Builders mit dessen Hilfe Benutzerhilfen und Transaktionsdokumentationen erstellt und implementiert werden können. Diese Kosten werden stadtweit auf alle Ämter umgelegt	35.920 €	35.920 €	35.920 €
225	VI	20/IT-M	Produktivsetzung eAkte	Die Anwenderzahlen haben sich seit dem letzten Doppelhaushalt signifikant erhöht (eAkte alt: 350 Anwender / in 2017: 1.100 Anwender) Die zahlreichen qualitativen und quantitativen Veränderungen in der Infrastruktur, die zu betreuende FV, etc. sind dabei mit zu berücksichtigen. Die Mittel sind unabdingbar notwendig, um einen stabilen Produktivbetrieb u. a. für die Finanz-, Ordnungs- oder auch die Sozialverwaltung der LHW sicherzustellen.	334.230 €	334.230 €	850.000 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
226	VI	20/IT-M	Weiterentwicklung PIWI/WinKosi (RIS)	Im Bereich des Ratsinformationssystems haben sich seit dem letzten DoppelHH die Anwenderzahlen signifikant erhöht (WinKoSi alt: 400 Anwender / in 2017: 1.500 Anwender - PIWI alt: 80 Anwender / in 2017: 400 Anwender). Die zahlreichen qualitativen und quantitativen Veränderungen in der Infrastruktur (Citrixeeinsatz, mobile Zugänge, etc. sind dabei mit zu berücksichtigen. Die Mittel sind unabdingbar notwendig, um einen stabilen Produktivbetrieb u. a. für die gesamte Stadtverwaltung (Kommunaler Sitzungsdienst, Dezernate, Querschnittsämter, Fachämter, Eigenbetriebe) und auch über wiesbaden.de für Stadtverordnete, Ortsbeiratsmitglieder, Bürger oder Medien sicherzustellen.	265.180 €	265.180 €	550.000 €
227	VI	20/IT-M	WIVERTIS Transition	siehe Gutachten von PWC von 12/2013, Aufwände für das Transitionsprojekt (z. B. HW-Kauf, Lizenzerwerb, externe Projektunterstützung, Implementierung von Einkauf, FIBU etc.)	500.000 €	500.000 €	0 €
228	VI	20/IT-M	Innovationen Infrastruktur	Es ist notwendig, dass die Stadtverwaltung immer mit aktuellen Softwareprodukten ausgestattet ist, nicht nur um arbeitsfähig zu sein, sondern auch Funktionalitäten neuer Software nutzen zu können. Daher wird z. B. die Ausstattung mit dem Betriebssystem Windows 10 vorangetrieben und ein Pilot für Office 365 gestartet. Mobile Arbeit oder Heimarbeit wird durch die Ausstattung mit Tabletgeräten ermöglicht, die auch konfiguriert und eingebunden werden müssen. Um den Aufwand für die Arbeitsplatzausstattung in Zukunft zu verringern, wird ein Pilot für sog. "Thin Clients" durchgeführt, um diese in den nächsten Jahren einführen zu können.	50.000 €	50.000 €	0 €
229	VI	20/IT-M	Cloudmigration	Immer mehr IT-Dienstleistungen werden heute und in Zukunft über die sog. "Cloud" angeboten. Um diese Cloudangebote für die Nutzer der LHW transparent bereitstellen zu können, müssen in der städtischen Infrastruktur die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, wie z. B. die notwendigen sog. "Cloud-Stacks" implementiert und Personal ausgebildet werden. Diese Investitionen müssen vorab getätigt werden, um dann in den nächsten Jahren für die Fachbereiche die günstigeren Cloudangebote nutzen können.	20.000 €	80.000 €	0 €
230	VI	20/IT-M	Portale und Search Appliance	Der Bedarf der Fachbereiche an Portalen steigt kontinuierlich, somit muss die zugehörigen Infrastruktur kontinuierlich erweitert werden. Im Jahr 2019 steht zusätzlich der Regelaustausch der Google "Search Appliance" an.	10.000 €	50.000 €	7.500 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
231	VI	20/IT-M	WLAN an öffentlichen Plätzen	SV 16-V-20-0068, Beschluss der StvV 0006 vom 16.02.2017	50.000 €	50.000 €	10.000 €
232	VI	20/IT-M	Antrags- und Fallmanagement "Civento"	SV 15-V-20-0063; Die Digitalisierung von Verwaltungsabläufen gehört vor dem Hintergrund knapper Ressourcen und des demografischen Wandels zu den priorisierten Tätigkeitsfeldern der Landeshauptstadt Wiesbaden. Eine funktionierende und finanzierbare Umsetzung von eGovernment-Anforderungen ist in erster Linie davon abhängig, dass die verwaltungsinternen Prozesse möglichst medienbruchfrei eingerichtet und unterstützt werden können. Mit dem Antrags- und Fallmanagement "Civento" wurde im Rahmen eines europaweiten Vergabeverfahrens das marktführende Softwarewerkzeug ausgewählt. Der Verwaltungsprozess "Bürgeranfragen" wird aktuell in den Dezernaten IV und VII digitalisiert, zusätzlich werden aktuell 25 Verwaltungsprozesse im Bereich der Gewerbeerlaubnis digitalisiert und der Gewerbeaußendienst damit mobil arbeitsfähig. Es liegen weitere Anfragen aus der Verwaltung vor, weitere Verwaltungsprozesse mit Hilfe des Tools "Civento" zu digitalisieren.	168.580 €	180.580 €	6.000 €
233	VI	20/IT-M	SAP-Upgrade	Notwendiges Upgrade für das Modul "elektronische Rechnungsprüfung" in 2018 aufgrund von neuen Funktionen und um die weitere Wartung unserer Releasestände seitens SAP sicherzustellen. Nutzen von Synergien, da der Upgrade zusammen mit dem SAP upgrade projektiert werden kann. In 2019 wird es im SAP-Umfeld zu weiteren up-grade Erfordernissen kommen.	11.820 €	3.820 €	25.000 €
234	VI	20/IT-M	Citrix-Lizenzen	im Rahmen einer Handelspartnerausschreibung wurde für die erforderliche Aufrechterhaltung der Maintenance (Wartung und Pflege) des aktuellen LHW Bestands von Citrix-Lizenzen ein Gesamtauftragswert von 395.000 € brutto ermittelt. Die nicht im Planansatz vorhandenen Mittel müssen als Zusatzbedarf gemeldet werden.	250.000 €	250.000 €	250.000 €
250	VI	21	Personalkostenmehrbedarf	Anpassungen aufgrund Stellenplananträgen und Änderungen TvÖD. Auswirkung auf den Haushalt erst ab HJ 2017.	166.500 €	169.000 €	169.000 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
251	VI	21	Personalkostenmehrbedarf	Neue Stellen interne Steuerberatung - Aufgabenzuwachs im Rahmen der internen Steuerberatung / § 2 b UstG TAX Compliance /Die Stellen sind für die Bewältigung der vervielfachten Steuererklärungspflichten der Stadt und für die Durchführung des Projektes zur Einstellung der städtischen Prozesse auf die geänderte Rechtslage im Umsatzsteuergesetz und in den steuerstrafrechtlichen Bestimmungen dringend erforderlich. Andernfalls sind Kosten für externe Steuerberatung zu Lasten der Fachämter mit BgA unabweisbar. Der Einsatz und Qualifizierung von eigenem Personal ist wirtschaftlicher, da die Erfahrung zeigt, dass die Bearbeitung steuerlicher Belange durch Dritte zur Generierung von externen Nachfolgaufträge führt.	332.900 €	337.900 €	337.900 €
252	VI	21	Kosten für Umzug	Im Rahmen der Gebäudesanierung Hasengartenstraße 25 und der Zusammenlegung des Kassen- und Steueramtes am Standort Hasengartenstraße 25 müssen Möbel und DV Geräte umgezogen werden - s.a SV Nr. 17-V-21-0003 zur Standortzusammenlegung	18.000 €	7.000 €	
253	VI	21	Kosten für Umzug	Im Rahmen der Gebäudesanierung Hasengartenstraße 25 und der Zusammenlegung des Kassen- und Steueramtes am Standort Hasengartenstraße 25 müssen Möbel und DV Geräte umgezogen werden - s.a SV Nr. 17-V-21-0003 zur Standortzusammenlegung	17.000 €	7.000 €	
254	VI	21	Kosten für Schließanlage	Programmierung neuer Schließanlage in der Hasengartenstraße 25 - s.a SV Nr. 17-V-21-0003 zur Standortzusammenlegung	4.000 €		
255	VI	21	DV Mehrbedarf (2x 24 Zoll Monitore je Arbeitsplatz)	Zeitgemäße Ausstattung aufgrund der Einführung und dauerhaften Nutzung der e-Akte (1 AP mtl. 56,40 € brutto) (116 AP Berechnungsgrundlage : jährliche Kosten bisher rd. 26.000 € aber reduzierter Preis, weil Monitore bereits seit 2011 im Einsatz, regulär wären zu zahlen 39.265 €) in der Spalte 2018/2019 Budgetbedarf ist der Mehrbedarf ausgewiesen.	52.600 €	52.600 €	52.600 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
256	VI	21	Homeoffice- Ausstattung	Aufgrund der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowie zur Attraktivierung der Tätigkeit beim Kassen - und Steueramt wird die Möglichkeit des Arbeiten im Home Office etabliert. Die Amtsleitung hat sich dieses Themas geöffnet, weil Vorteile für das Amt hinsichtlich der Arbeitsorganisation gesehen werden. Die Kosten stellen den Mehrbedarf für 55 Arbeitsplätze gegenüber den Stand-PCs dar. Es erfolgt ein Austausch Stand-PC gg. mobiles Gerät) Anteilige Mehrkosten entstehen erstmalig vors. 09/2017 zum Zeitpunkt des IT-Regelaustauschs. * Im Rahmen des Regelaustauschs ist zu klären, ob die Mehrkosten bei der Kostenart 673510 oder 670100 zu zuordnen sind.	60.000 €	60.000 €	60.000 €

LANDESHAUPTSTADT



Dezernat VII (Weiterer Bedarf)

33 Amt für Zuwanderung und Integration
50 Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge
51 Amt für Soziale Arbeit
92 Dezernatsbüro VII

Finanzdezernat Wiesbaden

Haushalt Wiesbaden und AKK

Haushalt 2018/2019 - Weitere Bedarfe CO - Zusammenfassung

Dezernat	Weiterer Bedarf 2018	Weiterer Bedarf 2019
VII	14.051.430 €	17.150.802 €
33	702.400 €	737.770 €
50 51	13.349.030 €	16.413.032 €
Gesamtergebnis	14.051.430 €	17.150.802 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
130	VII	33	Zusetzung PK	Anerkennung Ist-Bedarf 3303	250.000 €	250.000 €	250.000 €
131	VII	33	Nutzerentgelte LADIVA	voraussichtliche Erhöhung der Entgelte ekom 21		3.000 €	3.000 €
132	VII	33	Einführung eAkte	Verbesserung der Aktenlagerung und -speicherung	45.000 €	45.000 €	45.000 €
133	VII	33	zusätzliche Personalkosten 3303	Basis Kontrakt 20/11/33	343.900 €	343.900 €	344.900 €
134	VII	33	zusätzliche Sachkosten 3303	Basis Kontrakt 20/11/33	48.500 €	48.500 €	48.500 €
135	VII	33	Bildungskoordinatoren	Zeitversetzte Stellenbesetzungen gegenüber in der SV vorgesehenen Plan	0 €	32.370 €	0 €
136	VII	33	MigraMundi	Erhöhter Bedarf an Übersetzungsleistungen durch Dolmetschereinsätze für Geflüchtete beim Zugang zu Ämtern und Institutionen und im Bereich der psychosozialen Versorgung	15.000 €	15.000 €	
21	VII	50 51	Sachausgaben im Bereich Flüchtlinge	Diensthandys für Beschäftigte	3.000 €	3.000 €	3.000 €
22	VII	50 51	Kooperationsvereinbarung/ Handlungsprogramm	Spiel- und Lernstuben zur Vorbereitung auf den Kita-Besuch	34.500 €	34.500 €	34.500 €
23	VII	50 51	Kooperationsvereinbarung	Beschäftigungsförderung für Geflüchtete	250.000 €	250.000 €	250.000 €
24	VII	50 51	SEG incl. Kooperationsvereinbarung	Koordinierungsstelle, Vergütung für Beauftragte, Kontrakt, barrierefreie Wohnungsanpassung	89.520 €	43.520 €	43.520 €
25	VII	50 51	Einrichtung neue Betreuende Grundschule	Einrichtung neue Betreuende Grundschule Innenstadtschule Ursula-Wölfel-Schule	9.000 €	9.000 €	9.000 €
26	VII	50 51	Einrichtung neue Betreuende Grundschule	Einrichtung neue Betreuende Grundschule Innenstadtschule Ursula-Wölfel-Schule	-55.296 €	-55.296 €	-55.296 €
27	VII	50 51	Einrichtung neue Betreuende Grundschule	Einrichtung neue Betreuende Grundschule Innenstadtschule Ursula-Wölfel-Schule	186.520 €	186.520 €	186.520 €
28	VII	50 51	Sachkosten EDV	Weiterentwicklung Datenbank Schulsozialarbeit	30.000 €	30.000 €	30.000 €
29	VII	50 51	Kooperationsvereinbarung/ Handlungsprogramm	Passgenaue Förderangebote, Integrationsmaßnahmen Geflüchtete Förder- und Betreuungsangebote an Grundschulen	243.000 €	243.000 €	243.000 €
30	VII	50 51	Ausstattung KTs	Ausstattung Elementargruppe KT 37 ehem. Hort Umstrukturierung, Ausstattung nach Kernsanierung KT 28 Hessenring, notwendige PC-Ausstattung für stellv. KT Leitungen, noch 30 KTs auszustatten	128.100 €	51.200 €	0 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
31	VII	50 51	Mindestpersonalbedarf nach dem Hessischen Kinderförderungsgesetz (HessKiföG), Schaffung von drei Bereichsleitungs- und einer Hausmeisterstelle	Um eine bessere Steuerung des Bereiches 510201 mit 38 Kindertagestätten zu erreichen, sollen drei Stellen für Bereichsleitungen geschaffen werden. Weiterhin soll zur besseren Organisation des Dienstbetriebes eine weitere Hausmeisterstelle geschaffen werden (SV 17-V-51-0007 noch im Geschäftsgang).	319.990 €	319.990 €	319.990 €
32	VII	50 51	Erhöhung Zuschüsse Elterninitiativen	Erhöhung Zuschüsse Elterninitiativen im Bereich U3 analog der Erhöhung bei Ü3 in 2017	918.819 €	918.819 €	918.819 €
33	VII	50 51	Mietkosten für Container KT 28	Die Mietkosten für Container KT Hessenring fallen während der Auslagerung wegen geplanter Kernsanierung an.	118.920 €	9.910 €	0 €
34	VII	50 51	weiterer Ausbau U3/ Ü3	weiterer Ausbau Annahme = Gesamt 941 Krippe/ 564 Elementarplätze verteilt auf 2018-2022/ Annahme 2018: 100 Krippe/64 Ele im letzten Quartal 2018 Annahme 2019: 300 Krippe/250 Ele kassenwirksam halbes Jahr	473.097 €	4.878.226 €	10.849.905 €
35	VII	50 51	Sicherung des Fachkräftebedarfs	Sicherung des Fachkräftebedarfs - SV wird noch erstellt/ Betrag nur geschätzt. Ziel: In jeder Kita ein(e) Anerkennungspraktikant/in plus eines FSJ'lers einstellen zu können	540.000 €	540.000 €	540.000 €
36	VII	50 51	verschiedene Leistungsverträge mit unterschiedlichen Trägern	verschiedene Leistungsverträge mit unterschiedlichen Trägern	3.989.052 €	4.016.109 €	4.016.109 €
37	VII	50 51	Kooperationsvereinbarung/ Handlungsprogramm	KiEZ 147.000 Euro jährlich, Willkommensbesuche für Neuelterne 450.000 Euro jährlich, Elternbildung und Integrationsmaßnahmen 509.710 Euro 2018, 531.110 Euro 2019, Fachverfahren EDV System für BSA 380.000 Euro 2018, 58.500 Euro 2019, je 2 Stellen Springer und Trainer jährlich 280.000 Euro (SV 17-V-51-0017 im Geschäftsgang)	1.766.710 €	1.466.610 €	1.468.610 €
38	VII	50 51	Tagespflege	Steigerung der Vermittlungen und Qualifizierungs-Maßnahme im Bereich Tagespflege	22.180 €	22.180 €	22.180 €
39	VII	50 51	Zuschüsse Kostensteigerung durch Anträge Träger	Zuschüsse Kostensteigerung durch Anträge Träger z. B. Diak. Werk Zentrum für Beratung und Therapie, Caritas Erziehungsberatung, Hilfe für Kinder und Jugendliche e.V., NBH, KBS, CASA u.a.	223.870 €	229.760 €	229.760 €
40	VII	50 51	Jugendhilfeausschuss	Schulung/ Fortbildungsveranstaltungen	2.500 €	2.500 €	2.500 €
41	VII	50 51	Kooperationsvereinbarung/ Handlungsprogramm	Koop/ Handlungsprogramm z. B. Haus der Jugendorganisationen und Erhöhung Zuschüsse durch Anträge Träger z. B. Stiftung für Kinderhilfe, KBS Sauerland u.a.	400.065 €	398.799 €	398.799 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
42	VII	50 51	Kooperationsvereinbarung Internationale Jugendarbeit in Wiesbaden	In Wiesbaden sollen zukünftig pro Jahr 320 Jugendliche, die von herkunftsbedingter und struktureller Benachteiligung betroffen sind, die Möglichkeit erhalten, an einer internationalen Jugendbegegnung teilzunehmen (SV 17-V-51-0009 Internationale Jugendarbeit) Fortführung Beschluss Koop StVV-Beschluss Nr. 0092 "Zuschuss Internationale Jugendarbeit für Herkunftsbenechtigte"	239.860 €	239.861 €	239.861 €
43	VII	50 51	Sachausgaben im Bereich Kinder- und Jugendzentrum Biebrich	Reparatur Pizzawagen Kinder- und Jugendzentrum Biebrich	5.000 €	0 €	0 €
44	VII	50 51	Sachausgaben im Bereich Jugendzentrum Georg-Buch-Haus	Verlängerung Schliesszeit Jugendzentrum Georg-Buch-Haus bis 21 Uhr	10.200 €	10.200 €	10.200 €
45	VII	50 51	Sachausgaben Jugendzentren	WLAN-Verträge Jugendzentren (sollen abgeschlossen werden)	4.500 €	4.500 €	4.500 €
46	VII	50 51	Familienkarte	Familienkarte, Kostensteigerung von 2015 nach 2016 um 15%, daher analoge Erhöhung für 2018/2019	16.500 €	16.500 €	16.500 €
47	VII	50 51	Erhöhung Leistung Initiativförderung	Erhöhung Leistung Initiativförderung - Förderung der Teilhabe von Jugendlichen ab 14 Jahren	16.300 €	16.300 €	16.300 €
48	VII	50 51	Jugendraum Kostheim	Jugendraum Kostheim - Betreuung für Jugendliche ab ca. 12 Jahren mit herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligung	50.440 €	50.440 €	50.440 €
49	VII	50 51	Barrierefrei und Pflegestärkung	Barrierefrei und Pflegestärkung - Personal zur Betreuung der Musterwohnung	39.260 €	39.260 €	39.260 €
50	VII	50 51	Rückzahlung Verbindlichkeiten an AHW - SV wird in Kürze erstellt	Rückzahlung Verbindlichkeiten an AHW - SV wird in Kürze erstellt	864.520 €	0 €	0 €
51	VII	50 51	GeReNet und Erhöhung Zuschüsse durch Anträge Träger	GeReNet und Erhöhung Zuschüsse durch Anträge Träger z. B. Pflegenotruf, LAB, Alzheimer Gesellschaft, Freiwilligenzentrum	172.390 €	192.790 €	188.770 €
52	VII	50 51	Forum Demenz	Forum Demenz - Veranstaltung 10 Jahren Forum Demenz Jubiläum	3.000 €	11.320 €	0 €
53	VII	50 51	Wartung Musterwohnung	Wartung Musterwohnung - Support	15.000 €	15.000 €	15.000 €
54	VII	50 51	Personalausgaben im Bereich Barrierefrei	Personalkosten Fortführung des Projektes Barrierefreies Schierstein/ Übertragung auf weitere Stadtteile	66.440 €	66.440 €	66.440 €

lfd. Nr.	Dez.	Amt	Bezeichnung des Bedarfs	Beschreibung und Begründung des Bedarfs	2018 Weiterer Bedarf	2019 Weiterer Bedarf	Folgekosten pro Jahr
55	VII	50 51	Aufwandsentschädigung für den Vorsitzenden des AK der Behindertenorganisationen	Aufwandsentschädigung für den Vorsitzenden des AK der Behindertenorganisationen	1.200 €	1.200 €	1.200 €
56	VII	50 51	Betreuung SEG-Treuhänderverhältnis	Der SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH wurden Aufgaben der Wohnbauförderung und Stadterneuerung treuhänderisch durch die Landeshauptstadt Wiesbaden übertragen. Die Aufgabe der Steuerung des Treuhänderverhältnisses zwischen der SEG und der Landeshauptstadt Wiesbaden in fachlicher, finanzieller und vertraglicher Hinsicht wurde zum 24.03.2017 vom Dezernat II an die Abteilung 5108 Wohnen übertragen. Zur Aufgabenwahrnehmung ist eine entsprechende Planstelle bei 5108 einzurichten. (SV 17-V-51-0008)	83.610 €	83.610 €	83.610 €
57	VII	50 51	neu vorgesehen: "Soziale Stadt-Biebrich Mitte", die hier genannten Beträge sind Platzhalter. Das Programm Soziale Stadt deckt sich zu ca. 64% aus Zuschüssen von Bund und Land.	neu vorgesehen: "Soziale Stadt- Biebrich Mitte", die hier genannten Beträge sind Platzhalter. Das Programm Soziale Stadt deckt sich zu ca. 64% aus Zuschüssen von Bund und Land.	1.100 €	1.100 €	1.100 €
58	VII	50 51	UVG/ Personalkosten	Durch die Gesetzesänderung im Bereich UVG entsteht durch den erweiterten Personenkreis der Anspruchsberechtigten ein zusätzlicher Personalbedarf iHv. 6,6 VZÄ	449.760 €	449.760 €	449.760 €
59	VII	50 51	UVG/ Sachkosten	Durch die Gesetzesänderung im Bereich UVG entsteht durch den erweiterten Personenkreis der Anspruchsberechtigten ein zusätzlicher Sachkostenbedarf (kommunaler Anteil)	1.616.404 €	1.616.404 €	1.616.404 €